

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 22. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016-2020)

---

Sitzungsdatum: 12. Juni 2018 / 13. Juni 2018  
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 22.05 Uhr (12.06.2018) / 18.00 – 19.30 Uhr (13.06.2018)

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Simon Maurer, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin  
Philippe Hofmann  
Roman Klauser (entschuldigt am 13.06.2018)  
Christoph Morat  
Thomas Pfaff  
Franz Vogt  
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung  
Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

#### Sitzung 12. Juni 2018

Anwesend: Philippe Adam, Rolf Adam, Mark Aellen, Andreas Bärtsch, Rahel Balsiger Sonjic, Mehmet Can, Julia Gosteli, Barbara Grange, Markus Gruber, Kathrin Gürtler, Matthias Häuptli, Lukas Hess, Roman Hintermeister, René Imhof, Manfred Jutzi, Ueli Keller, Christian Kellermann, Patrick Kneubühler, Ursula Krieger, Andreas Lavicka, Simon Maurer, Jérôme Mollat, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Melina Schellenberg, Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella, Henry Vogt, Semra Wagner, Jörg Waldner, Andreas Widmer, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Simon Zimmermann

Entschuldigt: Keine

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 36 Anwesende = 24  
18.10 Uhr 39 Anwesende = 26  
19.00 Uhr 38 Anwesende = 26  
21.15 Uhr 37 Anwesende = 25  
21.30 Uhr 38 Anwesende = 26

### Sitzung 13. Juni 2018

Anwesend:	Philippe Adam, Rolf Adam, Mark Aellen, Andreas Bärtsch, Rahel Balsiger Sonjic, Mehmet Can, Julia Gosteli, Barbara Grange, Markus Gruber, Kathrin Gürtler, Matthias Häuptli, Lukas Hess, Roman Hintermeister, René Imhof, Manfred Jutzi, Patrick Kneubühler, Ursula Krieger, Simon Maurer, Jérôme Mollat, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Melina Schellenberg, Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella, Henry Vogt, Andreas Widmer, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Simon Zimmermann
Entschuldigt:	Ueli Keller, Christian Kellermann, Andreas Lavicka, Semra Wagner, Jörg Walder
2/3-Mehrheit:	18.00 Uhr 33 Anwesende = 22 18.25 Uhr 34 Anwesende = 23 18.50 Uhr 35 Anwesende = 24

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines **Mitgliedes in den Schulrat Kindergarten und Primarschule**, anstelle der zurücktretenden Barbara Grange, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2020)  
Wahlvorschlag: Heinrich Schellenberg Geschäft 4393
2. Wahl eines Mitgliedes in den **Schulrat der Sekundarschule**, anstelle des zurücktretenden Patrick Lautenschlager, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2020)  
Wahlvorschlag: Simon Maurer Geschäft 4399
3. Bericht des Gemeinderates vom 24.01.2018, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 16.04.2018, betreffend **Quartierplanung „Heuwinkel“, bestehend aus Quartierplan und Quartierplan-Reglement**, 2. Lesung  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4370 / A
4. Bericht des Gemeinderates vom 28.02.2018, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 19.04.2018, betreffend **Räumliches Entwicklungskonzept Allschwil 2035**  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4271A / B
5. Bericht des Gemeinderates vom 14.03.2018, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 17.05.2018, betreffend der **Jahresrechnung 2017**  
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4368 / A
6. Bericht des Gemeinderates vom 11.04.2018, sowie der Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 31.05.2018, betreffend **Geschäftsberichte 2017 des Gemeinderates, der Schulräte und der übrigen Behörden**  
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4369 / A
7. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 22.04.2018, betreffend **Tätigkeitsbericht 2017**  
Geschäftsvertretung: GPK-Präsident Florian Spiegel Geschäft 4381

8. Bericht des Gemeinderates, vom 21.03.2018, sowie der Bericht der Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales, vom 28.05.2018, betreffend **Reglement zur Ausrichtung von Zusatzbeiträgen zu den Ergänzungsleistungen**, 1. Lesung  
Geschäftsvertretung: GR Roman Klausner Geschäft 4364 / A
9. Interpellation von Urs Pozivil, FDP-Fraktion, vom 15.05.2018, betreffend **Gebührenverordnung für Allschwiler Vereine**  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4394 / A
10. Postulat von Urs Pozivil, FDP-Fraktion, vom 15.05.2018, betreffend **Tarifgruppenanpassungen in der Gebührenverordnung für Allschwiler Vereine**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4395
11. Motion von Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion, Florian Spiegel, SVP-Fraktion und Jérôme Mollat, GLP, vom 08.11.2017, betreffend **Parkraumreglement**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4361
12. Interpellation von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 28.02.2018, betreffend **Strassenlärmbelastung Allschwil**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4376 / A
13. Motion von Florian Spiegel, SVP-Fraktion und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 28.02.2018, betreffend **Reglement Unterstützungsbeiträge im Bereich Kultur, Jugend und Sport**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme nach Umwandlung in ein Postulat  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4377
14. Wahl der Mitglieder des **Büros des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2018/2019**  
a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates  
b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin  
c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin  
d) Wahl von 2 Stimmezählern / Stimmezählerinnen  
e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmezähler / Stimmezählerinnen Geschäft 4391

**Nach der Pause:**

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

---

**Für das Protokoll:**

Jörg Bertsch / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

---

## **Einwohnerratsprotokoll Nr. 21 vom 12. und 13. Juni 2018**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

### **Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil**

Simon Maurer

---

### **Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

#### **[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]**

**Simon Maurer**, Präsident: Ich begrüsse alle zur ersten von zwei Juni-Sitzungen.

Wie Sie auf der Einladung gesehen haben, geht die Sitzung heute bis maximal 22.00 Uhr. Der Grund dafür ist die grosse Anzahl an Geschäften. Ziel ist, dass wir heute die Traktanden 1 bis 8 behandeln können, wobei diesbezüglich noch ein Antrag kommen wird, wenn ich es richtig verstanden habe. Morgen Mittwoch um 18.00 Uhr fangen wir mit der Wahl des Büros an, werden aber während der Auszählung die weiteren Geschäfte behandeln. Darum ist es wichtig, dass Sie auch morgen die Unterlagen der Geschäfte, die wir heute nicht behandeln, wieder mitbringen. Ziel ist, dass wir morgen spätestens um 20.00 Uhr aufhören.

Mir liegt keine dringliche Interpellation vor und auch kein dringliches Postulat und keine dringliche Motion. Die übrigen Vorstösse, die eingegangen sind: Geschäft 4398, Postulat betreffend intelligente Strassen bauen, CVP-Fraktion. Möchte jemand etwas dazu sagen?

**Christian Kellermann**, CVP-Fraktion: Wir hatten ja letztes Jahr eine Abstimmung zum Thema Energie. Bis 2050 sollten die Atomkraftwerke zurückgebaut resp. aus dem Netz genommen werden. Darum möchten wir hier einen Anstoss geben zur alternativen Energiegewinnung. Es bieten sich dazu verschiedene Möglichkeiten an. Einerseits kann man Solarenergieanlagen auf Dächern nutzen. Es gibt aber auch viele Flächen, die asphaltiert sind. Dort könnte man ansetzen, um nicht zusätzliche Grünflächen in Anspruch nehmen zu müssen. Unser Antrag zielt darauf, dass man untersucht, wie bestehende asphaltierte Flächen zur Energiegewinnung genutzt werden können.

**Simon Maurer**, Präsident: Weiter ist noch eingegangen von der SP-Fraktion eine Interpellation «Stand Überarbeitung des generellen Wasserversorgungsprojekts GWP». Möchte jemand etwas dazu sagen? – Das ist nicht der Fall. Weiter ist von der SP-Fraktion noch eingegangen eine Kleine Anfrage: «Langjährig hängige Geschäfte der SP-Fraktion». Möchte hierzu jemand etwas sagen? – Das ist nicht der Fall. Schliesslich ist noch, ebenfalls von der SP-Fraktion eingegangen ein Postulat «Umsetzung Freiraumkonzept Allschwil – Spielplatzstrategie». Möchte dazu jemand etwas sagen? – Auch das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich stelle fest, dass Ihnen diese rechtzeitig zugestellt wurde. Ich frage den Rat an, ob es Änderungsanträge gibt.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Es geht um das Traktandum 8. Der Präsident der zuständigen Kommission ist heute nicht anwesend. Ich habe gestern Abend um halb 10 Uhr, nach einer Sitzung einer anderen Kommission, erfahren, dass ich dieses Geschäft heute vertreten solle. Es war mir schlichtweg heute nicht möglich, nebst zwei Schlichtungsverhandlungen, mich darauf vorzubereiten. Es ist ein Geschäft, das keinen grossen Umfang hat. Wichtig ist, dass es heute oder morgen behandelt wird. Es ist eine erste Lesung. Es ist ein Geschäft, das in einem Verbund mit Schönenbuch

und Binningen umgesetzt werden soll. Der Präsident der Kommission wird morgen anwesend sein. Es liegen zwei Anträge vor, einer von Matthias Häuptli und einer der FDP-Fraktion. Es wäre eine gute Sache, wenn wir uns bis morgen Gedanken zu diesen beiden Anträgen machen könnten. Im Übrigen könnte man die Behandlung des Geschäfts morgen ganz sicher zwischen den Wahlgängen durchziehen. Es handelt sich um eines der kleineren Geschäfte. Die Kommission war bei ihrem eigenen Antrag und auch bei demjenigen von Matthias Häuptli einstimmig, derjenige der FDP wurde diskutiert, war aber dann auch einstimmig. Ich denke, das Geschäft wird durchgehen. Binningen wird Ende Juni eine zweite Lesung machen. Dort werden Inputs hereinkommen. Wir möchten, wenn möglich die Papiere in allen drei Gemeinden gleich haben, weil es uns gemeinsam angeht. Die Kommission hat zurzeit kein Vizepräsidium; durch einen personellen Wechsel im Einwohnerrat ist eine Vakanz entstanden und ich wurde delegiert.

**Roman Klausner**, Gemeinderat: Das Problem ist, dass ich morgen nicht da sein werde. Da ich das Geschäft als Ganzes organisiert und geleitet habe und einiges weiss zu den Anträgen, die ja unbestritten sind, und da ich relativ gut vorbereitet bin und alles präsent habe, wäre ich froh, wir könnten das Geschäft heute behandeln. Anderenfalls müssten wir es ganz verschieben.

**Simon Maurer**, Präsident: Wir stimmen über den Antrag ab, das Traktandum 8 morgen als erstes Geschäft nach dem ersten Wahlgeschäft zu behandeln.

**:::**

Der Antrag auf Verschiebung von Traktandum 8 wird mit 20 Nein : 9 Ja bei 10 Enthaltungen abgelehnt.

**Simon Maurer**, Präsident: Somit werden wir das Traktandum heute behandeln, sofern wir so weit kommen. Gibt es noch weitere Anträge zur Traktandenliste? – Das ist nicht der Fall.

**:::**

Die Traktandenliste ist genehmigt.

01.030      Einwohnerrat

**Traktandum 1**

Wahl eines Mitgliedes in den Schulrat Kindergarten und Primarschule, anstelle der zurücktretenden Barbara Grange, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2020)  
Wahlvorschlag: Heinrich Schellenberg, Geschäft 4393

---

**Simon Maurer**, Präsident: Mir liegt der Wahlvorschlag Heinrich Schellenberg vor. Sie haben im Vorfeld Informationen zu seiner Person und einen Lebenslauf erhalten. Ich frage den Rat an, ob es weitere Wahlvorschläge gibt. – Das ist nicht der Fall. Ich frage den Rat an, ob stille Wahl bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

**:::**

Heinrich Schellenberg ist in stiller Wahl in den Schulrat Kindergarten und Primarschule für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2020) gewählt.

**Simon Maurer**, Präsident: Ich wünsche ihm viel Erfolg und gutes Gelingen in diesem Amt.

01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 2**

Wahl eines Mitgliedes in den Schulrat der Sekundarschule, anstelle des zurücktretenden Patrick Lautenschlager, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2020)  
Wahlvorschlag: Simon Maurer, Geschäft 4399

---

**Simon Maurer**, Präsident: Mir liegt der Wahlvorschlag Simon Maurer vor. Sie haben alle einen Lebenslauf erhalten. Ich frage den Rat an, ob es weitere Wahlvorschläge gibt. – Das ist nicht der Fall. Ich frage den Rat an, ob stille Wahl bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

**://:**

Simon Maurer ist in stiller Wahl in den Schulrat der Sekundarschule für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2020) gewählt.

01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 3**

Bericht des Gemeinderates vom 24.01.2018, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 16.04.2018, betreffend Quartierplanung „Heuwinkel“, bestehend aus Quartierplan und Quartierplan-Reglement, 2. Lesung  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4370 / A

---

**Simon Maurer**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob es neue Aspekte gibt, die diskutiert werden sollen und eröffne die allgemeine Beratung.

#### *Allgemeine Beratung*

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Es ist ein Antrag der SP-Fraktion eingegangen über die Schaffung einer Begegnungszone für den Quartierplanbereich in der Pappelstrasse. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben das eingehend geprüft, sind auch nochmals mit den Erstellern des Quartierplans zusammengekommen. Wir haben uns entschieden, dass wir dem Einwohnerrat heute Abend eine Art Gegenvorschlag machen, und zwar würden wir in der Kommentarspalte beim betreffenden Artikel folgenden Text einfügen: «*Im einwohnerrätlichen Beschlussfassungsverfahren soll die Einrichtung einer Begegnungszone Pappelstrasse beantragt werden. (Das ist ein separates verkehrspolizeiliches Verfahren) Dabei sind die einschlägigen gesetzlichen Grundlagen und Verfahrensabläufe (Gutachten u.a.) einzuhalten.*» Wir schlagen dem Einwohnerrat vor, dass wir das Quartierplanverfahren jetzt so durchziehen, wie es die ursprünglichen Anträge vorsahen, und dass wir dann in einem separaten nachträglichen Verfahren prüfen, ob auf der Pappelstrasse im Bereich zwischen Heuwinkelstrasse und Marsstrasse eine Begegnungszone eingerichtet werden kann. Was Ihnen der Gemeinderat heute Abend nicht versprechen kann, ist, dass alle hierzu erforderlichen Auflagen erfüllt werden können. Aber wir werden es sicher so eingeben mit dem Ziel, dort eine sichere Situation zu schaffen. Eine sichere Situation ist es eigentlich heute schon, weil es ja ein Strässchen mit Gegenverkehr ist, das links und rechts je ein schmales Trottoir hat von 80 – 90 cm plus Randstein von etwa 8 cm. Es kann dort also gar nicht schnell gefahren werden. Auch Messungen über ein Tom-Tom haben ergeben, dass die Geschwindigkeiten dort < 30 km/h sind. Dieser Abschnitt der Pappelstrasse wäre also dafür prädestiniert, eine Begegnungszone zu schaffen. Es ist ja diesbezüglich auch von der SP-Fraktion bereits ein Postulat eingereicht worden, wonach geprüft werden soll, wo überall solche Begegnungszonen installiert werden können in Allschwil. Ich bitte Sie also, das so zur Kenntnis zu nehmen. Wir haben dies vorgängig auch schon der Kommission für Bauwesen und Umwelt zur Verfügung gestellt. Der Bericht liegt Ihnen ja vor. Auch die Kommission hat dies als gangbaren Weg angesehen.

Im Weiteren ging es in der letzten Sitzung noch um die verschiedenen Höhen der Strasse. Wir haben im Plan eine kleine Änderung vorgenommen. Dort steht jetzt nicht mehr eine fixe Höhenkote, sondern es steht einfach «Pappelstrasse». Das wurde auch mit den Planern, einem sehr erfahrenen Büro, wie Sie alle wissen, erarbeitet. Es entstehen daraus keine rechtlichen Bindungen, die für den Besitzer

dieser Strassenparzelle – also die Gemeinde Allschwil – nachteilig wären. Im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens, wo ja der Gemeinderat und der Bauausschuss ebenfalls mitreden können, wird man dann das genaue Bild und die Materialisierung dieser Strasse festlegen.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Ich habe ein sehr gutes Gefühl. Als simples Mitglied des Einwohnerrates, ruhig und zurückgezogen, wie ich bin, kann ich doch ab und zu ein Gedanke in Rot einbringen, der vorher allen an einem Geschäft Beteiligten nicht eingefallen ist. Und dann nehmen doch der Gemeinderat, die Verwaltung, die Kommission und auch die Verantwortlichen von Bauseite diesen Gedanken wohlwollend auf. Ich bin stolz. Allschwil ist jetzt bald nicht mehr die einzige grössere Gemeinde in der Region ohne offizielle verkehrsberuhigte Zone, vulgo «Begegnungszone». Ich werde die Umsetzung selbstverständlich mit Argusaugen verfolgen. Ich danke der Kommission und dem Gemeinderat für die Aufnahme dieses Gedankens.

**Simon Maurer**, Präsident: Ziehen Sie Ihren Antrag somit zurück?

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Ja. Mit Unterstützung der Kommission vertraue ich dem Gemeinderat.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Die Frage ist jetzt, ob es sich um Gedanken in Rot handelt oder um solche in Grün, denn grün ist ja die Farbe der Hoffnung. – Spass beiseite: Ich habe eine Frage an den Kommissionspräsidenten, ob die Information korrekt ist, die aus der Kommission in die Fraktionen getragen wurde, nämlich, dass, wenn man einen Aussenbereich über einen Strassenabschnitt ziehen will, sowieso verkehrsberuhigende Massnahmen vorgeschrieben sind, dass also sowieso eine Begegnungszone eingerichtet werden müsste.

**Andreas Bärtsch**, Präsident der Kommission für Bauwesen und Umwelt: Diese Information ist nicht von mir, sonst würde sie so im Kommissionsbericht drinstehen.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich rede ungern über Interna. Aber im Mail hiess es, dass, wenn eine Begegnungszone entstehen soll wie an dieser Stelle, dann sei es gemäss Rücksprache mit einer anderen Person und laut einem Paragraphen des Strassenverkehrsgesetzes so, dass man diese und jene Massnahme ergreifen müsse.

**Simon Maurer**, Präsident: Es hat keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur zweiten Lesung des Quartierplanreglements. Ich übergebe das Wort dem zweiten Vizepräsidenten.

## *2. Lesung*

### § 1 Zweck, Ziele und Geltungsbereich der Planung, S. 1

keine Wortmeldung

### § 2 Art der baulichen Nutzung, S. 2

keine Wortmeldung

### § 3 Mass der baulichen Nutzung, S. 3

keine Wortmeldung

### § 4 Lage, Grösse und Gestaltung der Bauten, S. 4

keine Wortmeldung

### § 5 Nutzung, Gestaltung und Unterhalt des Aussenraumes, S. 7

keine Wortmeldung

§ 6 Erschliessung und Parkierung, S. 9

keine Wortmeldung

§ 7 Ver- und Entsorgung, S. 10

keine Wortmeldung

§ 8 Lärm- und Hochwasserschutz, S. 11

**Andreas Bärtsch**, Präsident der Kommission für Bauwesen und Umwelt: Hier möchte die Kommission, analog dem letzten Quartierplan, im Titel den Hinweis auf Hochwasserschutz streichen und im Text den Absatz betreffend die Hochwasserkote entfernen.

**Simon Maurer**, Präsident: Wir stimmen über diesen Antrag ab.

**://:**

Dem Antrag der Kommission für Bauwesen und Umwelt, in § 8 den Abs. 2 zu streichen und im Titel «und Hochwasserschutz» zu entfernen, wird einstimmig zugestimmt.

§ 9 Realisierung und QP-Vertrag, S. 12

keine Wortmeldung

§ 10 Abweichungen und Ausnahmen, S. 13

keine Wortmeldung

§ 11 Schlussbestimmungen, S. 14

keine Wortmeldung

Beschlüsse, S. 15

keine Wortmeldung

**Simon Maurer**, Präsident: Wir kommen zum Quartierplan an und für sich, das ist die Planzeichnung.

Quartierplan

keine Wortmeldung

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Hier ergibt sich eben die erwähnte Änderung bezüglich der Höhenkote. Diese steht nicht mehr im Quartierplan, sondern neu nur noch «Pappelstrasse».

**Simon Maurer**, Präsident: Wir stimmen darüber ab:

**://:**

Dem Antrag des Gemeinderats im Quartierplan die Angabe der Höhenkote der Pappelstrasse zu entfernen, wird einstimmig zugestimmt.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Mir ist noch ein kleines sprachliches Detail aufgefallen betreffend die Streichung im Titel des § 8. Dort soll zwar «Hochwasser», aber nicht «schutz» gestrichen werden. Der Titel soll ja weiterhin heissen «Lärmschutz».



**Simon Maurer**, Präsident: Das versteht sich von selbst. Gibt es noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass die Beratungen über das Geschäft 4370/A abgeschlossen sind, ebenso die zweite Lesung des Reglements und des Quartierplans.

**Lukas Hess**, SP-Fraktion: Ich hätte doch noch eine Frage bezüglich der polizeilichen Sicht zur Gestaltung dieser Begegnungszone. Ich habe hier ein Mail, in welchem klar steht, dass so, wie die Gestaltung vorgesehen ist, zwingend eine Begegnungszone eingeführt werden muss. Es würde mich interessieren, ob das so zutrifft.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: «Zwingend» kann man nicht sagen. Es braucht einfach eine separate polizeiliche Anordnung. Wir müssen das dem Kanton zusammen mit Gutachten vorlegen, und dann werden wir das gemeinsam so beschliessen.

**Andreas Bärtsch**, Präsident der Kommission für Bauwesen und Umwelt: Am Schluss der letzten Einwohnerratssitzung kam Andreas Widmer auf mich zu und klärte mich darüber auf, dass, wenn wir keine Begegnungszone einführen und Kinder auf dieser Strasse spielen, die Haftungsfrage rechtlich nicht klar ist. Aufgrund dessen kam bei mir – obwohl ich in der letzten Sitzung ein anderes Votum hatte – die Einsicht, dass es Sinn macht, wenn man eine Begegnungszone eingeführt. Das «zwingend» bezieht sich nicht auf den Quartierplan, sondern es bezieht sich aus meiner Sicht auf die Frage der rechtlichen Sicherheit. Wenn man dort einen Platz ausweist, der zum Spielen einlädt, und ein Kind angefahren wird, dann ist es rechtlich zwingend sinnvoll oder erforderlich, dass man eine Begegnungszone ausweist, damit rechtliche Klarheit herrscht. Die Juristen unter uns bitte ich um Entschuldigung für die juristisch vielleicht nicht ganz klare Formulierung.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Jetzt habe ich doch noch eine Frage. Mir ist nicht mehr ganz klar, ob es von Herrn Winter noch unterstützt wird, wenn es jetzt heisst, man müsse das abklären, obwohl hier drin unbestritten ist, dass es eine Begegnungszone geben soll. Da müssen wir doch keine Abklärungen mehr machen, sondern es einfach umsetzen und die rechtlichen Grundlagen schaffen, respektive wir müssen die Ausführung entsprechend den rechtlichen Grundlagen machen. Ich verstehe nicht, warum man jetzt noch einmal Geld in die Finger nehmen muss für aufwendige Arbeiten, obwohl es unbestritten ist. Andernfalls wird meiner Meinung nach dem Begehren von Herrn Winter nicht entsprochen.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Ich hoffe, in der ganzen Konfusion etwas Klarheit schaffen zu können. Ich habe das mit dem Wörtchen «zwingend» so verstanden: Wenn es von den verkehrspolizeilichen Abklärungen her, die noch getroffen werden müssen, möglich ist, eine solche Begegnungszone zu schaffen, dann soll diese zwingend in Erwägung gezogen werden, damit wir die Rechtssicherheit haben, wie Andreas Bärtsch das formuliert hat. Aber ob genau, und unter welchen Bedingungen das machbar ist, das muss man zuerst abklären. Was aber bis jetzt vorliegt, ist die Signalisation der Bereitschaft.

**Andreas Bärtsch**, Präsident der Kommission für Bauwesen und Umwelt: Ich muss mich nochmals auf das Votum von Simon Zimmermann melden: Es ist gescheiter, vorher Geld in die Hand zu nehmen und alles sauber zu planen und alle rechtlichen Aspekte abzuklären, damit nicht – wenn dann einmal etwas passieren würde – ein findiger Rechtsanwalt einen Schlupf findet und es dann noch viel mehr kostet. Daher: Sauber planen, dann sauber umsetzen. Und ich glaube, die Umsetzung ist hier drin von niemandem bestritten, weder vom Gemeinderat, noch von der Verwaltung. Ich denke, die kommt schon, da müssen wir keine Bedenken haben.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Das Schlusswort von Andreas Bärtsch war gerade wichtig für mich: Von niemandem bestritten. Auch vielen Dank für den Hinweis von Simon Zimmermann. In Erwägung gezogen ist eine Begegnungszone ja bereits in der Vorlage des Gemeinderats. Ob es nun 30 oder 100 Meter sind, ist mir egal. Die Frage ist nur, machen wir es nur auf dem spärlichen Stücklein vorne, wobei kein Mensch begreift, warum eigentlich nur dort; oder zieht man es bis hinten hin wie von mir vorgeschlagen.

**Simon Maurer**, Präsident: Ich versuche jetzt nochmals, das Geschäft abzuschliessen. Ich stelle fest, dass die Beratungen über das Geschäft 4370/A abgeschlossen sind und ich stelle auch fest, dass die zweiten Lesungen des Reglements und des Quartierplans abgeschlossen sind. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderats auf Seite 10 des Berichts.

### *Abstimmung*

#### Anträge des Gemeinderats:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Quartierplanung «Heuwinkel», bestehend aus Quartierplan und Quartierplanreglement, wird zugestimmt. Sie wird dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft zur Genehmigung vorgelegt.

**://:**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Die öffentliche Urkunde betreffend Quartierplan-Vertrag wird zur Kenntnis genommen.

**://:**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

#### *Schlussabstimmung*

**://:**

Das Geschäft wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 4**

Bericht des Gemeinderates vom 28.02.2018, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 19.04.2018, betreffend Räumliches Entwicklungskonzept Allschwil 2035  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4271A / B

---

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Mit grosser Freude und ein wenig Stolz präsentiert Ihnen heute der Gemeinderat das Räumliche Entwicklungskonzept, kurz REK Allschwil 2035 (diese Jahreszahl ist wichtig). Das REK ist ein Teil des Leitbilds und versteht sich als Konzept für die Umsetzung der strategischen Eckpunkte, die sich der Gemeinderat gegeben hat, aber auch der grossen Herausforderungen unserer Zeit betreffend Siedlungsraum, Verkehr und Freiraumentwicklung. Es ist breit abgestützt. Es beruht auf verschiedenen Vernehmlassungen, die bereits durchgeführt wurden. Wir hatten auch im Februar 2016 schon einmal einen Bericht im Einwohnerrat erstattet; die Firma Metron hatte damals ihren Zwischenbericht vorgestellt. Daneben hatten wir zwei weitere Veranstaltungen hier im Saal Gartenhof. Eine davon hatte sich eher an die Bewohner gerichtet, die zweite er an Gewerbe- und KMU-Vertreter. Mit diesen verschiedenen Organisationsebenen konnte das REK in die jetzt vorliegende Form gebracht werden. Der Mitwirkungsbericht, den wir ebenfalls erstellt haben, listet 55 Personen und Organisationen mit diversen Anliegen, Kommentaren und Vorschlägen auf. Das zeigt, dass es ein vitales Interesse an der Entwicklung von Allschwil in der Bevölkerung, aber auch in der Geschäftswelt gibt. Das REK ist aber auch als Reaktion auf die Revision der eidgenössischen Raumplanungsgesetze initiiert worden. Immerhin hatten 75% der Allschwiler Stimmbürgerinnen und Stimmbürger damals zugestimmt; sie wollten damit verhindern, dass eine weitere Zersiedelung der Landschaft stattfindet, und sie wollten, dass eine kompakte Siedlungsentwicklung stattfinden soll, eine Entwicklung nach innen mit hohen Qualitätsansprüchen zum Beispiel an Freiraum. Weiter galt es auch, die Ansprüche des kantonalen Richtplans KRIP, der ein behördenverbindliches Planungsinstrument ist, in das REK aufzunehmen. Es gibt einen Verdichtungsraum mit inneren Korridoren, zusammen mit den Leimentaler Gemeinden; auch das ist ein Kapitel, das im REK angesprochen wird. Beat Suter hat seinerzeit von «Allschwil 3.0» gesprochen. Das heisst, wir haben vielfältig aufgewertete Zentren, zum Beispiel den aufgewerteten Dorfkern, oder den Lindenplatz, der ebenfalls aufgewertet wird. Wir möchten hochwertige Wohnquartiere haben, wertvolle Freiräume und Landschaftsbezüge, und natürlich eine gute Erreichbarkeit und räumliche Beziehungen, vor allem zu den Nachbargemeinden oder auch zu Basel-Stadt.

Das REK Siedlung gibt einen guten Überblick zu den vorgeschlagenen Massnahmen in Sachen Dorfkern, aber auch Lindenplatz, an der Baslerstrasse entlang die verschiedenen wichtigen

Kreuzungen, und es sagt auch etwas aus zur Entwicklung an der Binningerstrasse und am Bachgraben. Selbstverständlich werden auch die relativ wichtigen, vom Bund gestellten Erwartungen an ISOS und die Hochhausstrategie des Kantons Baselland aufgenommen.

Das REK Verkehr macht verschiedene Aussagen zum Modalsplit. Wir müssen mehr Anstrengungen unternehmen, wenn wir nicht einen Kollaps erleben wollen, zum Beispiel im Bachgrabengebiet. Dort liegt auch am meisten Potenzial, um den Modalsplit auf dem heutigen Stand zu halten oder sogar noch mehr in Richtung öV und Langsamverkehr zu leiten.

Das REK macht auch Aussagen zum Freiraum. Ziel soll das sein, was wir in unserem Freiraumkonzept 2013 schon niedergeschrieben haben. Wir brauchen hochwertige Freiräume. Wir möchten in den Quartieren keine Unterversorgungen. In einigen Quartieren müssen wir sogar etwas aufholen und Freiräume aufwerten. Und wir müssen zusätzliche Freiräume schaffen, vor allem wenn wir Interaktionswerte und Vernetzungen mit den Langsamverkehrsachsen attraktiver gestalten möchten, so, dass sie dann auch tatsächlich benutzt werden. Wir haben vier Hauptwege im Verkehr als freie Raumverbindungen definiert. Das sind die Baslerstrasse, die Binningerstrasse, der Hegenheimermattweg und die Parkallee. In diesen Strassenräumen schlägt das REK vor, dass man auch die Gestaltung des öffentlichen Raums an die Hand nehmen soll, und dass man es besser planen soll, als es in der Vergangenheit geschehen ist. Insgesamt soll es eine Stärkung der Siedlung geben und einen runden Übergang zur Landschaft, die ja genauso wertvoll ist.

Zum Schluss möchte ich noch etwas zu zwei weiteren Projekten sagen. Das eine ist das Verkehrskonzept Bachgraben. Dort geht es vor allem um den Zubringer Bachgraben, der einige Dinge mit sich bringt, damit sich der Verkehr nicht einfach planlos in das Gebiet hinein ergiesst, wenn dereinst der Anschluss an die Autobahn gemacht wird. Auch dort müssen wir sorgsam die Verkehrswege planen, und es hat ja bereits ein Planungsbüro die Arbeit aufgenommen und einige Vorschläge gemacht, die den Anrainern im Bachgrabengebiet bereits vorgestellt worden sind. Im Weiteren möchte der Gemeinderat auch den Masterplan an der Binningerstrasse voranbringen. Die Binningerstrasse ist ein ganz wichtiges Quartier, das sich weiterentwickeln soll. Es ist zwingend wichtig, dass wir sorgsam mit der dortigen Gewerbezone umgehen. Schliesslich soll ja das REK gültig sein bis 2035, d.h., es soll über die nächste Zonenplanung hinausgehen. Das ist eine echte Nachhaltigkeit, die wir somit in diesem REK abgebildet haben.

Zum Schluss geht mein Dank an alle Gruppen und Personen, die mitgedacht, mitentwickelt und mitentschieden haben, nicht zuletzt an all die Interessierten, die an die verschiedenen Veranstaltungen kamen, oder die in einer Kerngruppe oder der Echogruppe oder einer Fachgruppe mitgewirkt haben. Ich stehe jetzt auch für die Beantwortung von Fragen über das REK zur Verfügung.

**Andreas Bärtsch**, Präsident der Kommission für Bauwesen und Umwelt: Die Gemeinde Allschwil hat im Jahr 2005 das letzte Räumliche Entwicklungskonzept erstellt. Seit diesem Zeitpunkt haben sich wesentliche Randbedingungen geändert. So ist das Eidgenössische Raumplanungsgesetz 2014 in Kraft gesetzt worden. 2013 hat Allschwil ein Freiraumkonzept erstellt. 2015 ist das Raumkonzept Basel-Landschaft erstellt worden. Und 2016 hat der Kanton Basel-Landschaft Änderungen, die sich aus dem Raumplanungsgesetz ergaben, im kantonalen Richtplan Siedlung umgesetzt. 2017 hat sich die Gemeinde Allschwil dann abschliessend noch das neue Leitbild «Zukunft Allschwil» gegeben. Aufgrund dieser veränderten Randbedingungen hat sich die Gemeinde die folgenden Ziele für das Räumliche Entwicklungskonzept gegeben: vielfältig aufgewertete Zentren, aufgewerteter historischer Dorfkern, hochwertige Wohnquartiere, differenzierte Wirtschaftsstandorte, wertvolle Freiräume mit Landschaftsbezügen, gute Erreichbarkeit für alle, enge räumliche Beziehungen zur Stadt Basel. Die Kommission hat das umfangreiche Geschäft in Einzelarbeit durchgelesen und es anschliessend in zwei kompakten Sitzungen beraten, wobei wir in einer der Sitzungen eine exzellente Präsentation von Projektleiterin Lisa Euler erhielten. Darin wurde ein grosser Teil unserer Fragen schon beantwortet, bzw. unsere Haltung wurde bestätigt.

Die Sicht der Kommission: Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass Allschwil weiterhin mehrere Zentren haben soll, die gestärkt werden sollen. Sie begrüsst grundsätzlich, dass keine Um- oder Aufzonungen stattfinden sollen, sondern dass eine Verdichtung über Baulandreserven oder durch die Aufwertung bestehender Quartierräume erfolgen soll. Ebenfalls begrüssen wir das ausgearbeitete Hochhauskonzept. Die Verkehrsentwicklung zeigt auf, dass von 1960 bis 1990 die Verkehrsfrequenzen am stärksten zugenommen haben. Trotz Zunahme der Bevölkerung nach 1990 wurde in dieser Zeit keine signifikante Zunahme im Individualverkehr mehr festgestellt. Daraus kann man schliessen, dass ein Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr

stattgefunden hat. Darum findet es die Kommission richtig, dass diese beiden Verkehrsarten auch in Zukunft gefördert werden. Die aus dem REK abgeleiteten Massnahmen und Dringlichkeiten erachtet die Kommission ebenfalls als richtig. Zu nennen sind hier – wie es auch schon Gemeinderat Morat getan hat – einerseits der Masterplan Binningerstrasse, aber auch das Konzept für den Stadtraum Bachgraben. Aus Sicht der Kommission sind im vorliegenden Räumlichen Entwicklungskonzept REK Allschwil 2035 die übergeordneten Ziele aus dem Kantonalen Richtplan und aus dem Raumkonzept Basel-Landschaft sowie die kommunalen Ziele gemäss dem Leitbild Allschwil umgesetzt und erfüllt.

Wir beantragen daher, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen. Dem Dank, den Gemeinderat Morat bereits ausgesprochen hat, schliesse ich mich an.

**Simon Maurer**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

#### *Allgemeine Beratung*

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Die SP Fraktion ist erfreut über das uns vorliegende Räumliche Entwicklungskonzept. Mit einer umfassenden Analyse ist das Fundament für die Zielformulierung gelegt worden. Daraus konnte das ausgewogene Konzept entstehen, dass der grossen Diversität von Allschwil Rechnung trägt. Es wird in unserer Fraktion begrüsst, dass zu den wichtigen Entwicklungsgebieten Binningerstrasse und Bachgraben unter Einbezug von Betroffenen noch eine vertiefte Abklärung gemacht wird. Uns ist es wichtig, dass die Option KMU-Cluster vertieft weiterverfolgt wird, damit weiterhin insbesondere Handwerksbetriebe, aber auch produzierendes Gewerbe in Allschwil bezahlbare Räumlichkeiten finden. Auch die Diversität bei den Unternehmen ist für ein stabiles Allschwil sehr wichtig. Die im REK formulierten Massnahmen werden von der SP-Fraktion vollumfänglich unterstützt und zeigen in die richtige Richtung. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass damit der Grundstein für eine attraktive Entwicklung und für die Zukunft von Allschwil gelegt wurde. Nachdem die Neugestaltung des Lindenplatzes aufgegleist ist, wird sich die SP dafür einsetzen, dass es auch beim Dorfplatz zügig vorwärts geht und der Schwung mitgenommen werden kann, den das REK mit sich gebracht hat. Wir danken an dieser Stelle dem Gemeinderat und der Verwaltung für das Ausarbeiten dieses Konzepts wie auch allen weiteren Personen, die in Kommissionen, Echogruppen etc. mitgemacht und mitgestaltet haben. Die SP-Fraktion wird das REK in dieser Form zur Kenntnis nehmen.

**Martin Münch**, FDP-Fraktion: Die FDP erachtet das REK Allschwil ebenfalls als sehr gelungen, vor allem auch das Verfahren zur Entwicklung des Konzepts finden wir sehr gut. Es ist wichtig, dass die Bevölkerung in so entscheidenden Zukunftsfragen mit einbezogen wird. Auch wir sehen die beiden Entwicklungsschwerpunkte Hegenheimermattweg und Binningerstrasse und begrüssen es, dass es dort zu weiteren Abklärungen, bzw. zu einem Masterplan kommt. Wir möchten aber auf zwei Gefahren hinweisen. Mischnutzungen – Gewerbe und Wohnraum – wie an der Binningerstrasse sind nicht unproblematisch. Wir möchten, dass man vor allem im Hinblick auf einen Masterplan Binningerstrasse mit dem ortsansässigen Gewerbe im Gespräch bleibt. Das Gewerbe soll nicht durch attraktiven und dadurch aber auch teuren Wohnraum vertrieben werden. Zweitens werden im Raum Bachgraben schätzungsweise tausend Arbeitsplätze geschaffen. Wir möchten zu bedenken geben, dass eine derartige Aufstockung von Arbeitsplätzen vor allem auch Wohnraum benötigt. Zusammen mit der gewünschten Mischnutzung mit Wohnraum an der Binningerstrasse führt das unweigerlich zu einer Bevölkerungszunahme in ganz Allschwil. So wird die im Leitbild prognostizierte Entwicklung mit Sicherheit bei Weitem überschritten. Das wiederum führt unweigerlich zu Folgekosten, vor allem bezüglich Strukturbauten. – Wir von der FDP möchten uns auch ganz herzlich beim Gemeinderat und der Gemeinde für die ganz gute Arbeit bedanken und nehmen das REK Allschwil zur Kenntnis.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Unsere Fraktion findet das Räumliche Entwicklungskonzept hervorragend. Es ist eine seriöse und mutige Anlage für die zentrale Arbeit, die in Allschwil geleistet werden muss und kann. Als günstig erachten wir insbesondere auch den Zeithorizont 2035. Ich habe Fragen oder Anregungen zu drei Aspekten. Der erste betrifft das Grundprinzip Zusammenarbeit mit Basel. Mir scheint, dass unterwegs die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden im Baselbiet und vor allem auch die Zusammenarbeit mit dem näheren Elsass herausgefallen ist. Ich frage den Gemeinderat, wie er sich dazu stellt, dass diese beiden Aspekte noch in die Grundprinzipien aufgenommen werden könnten. Zweitens: Ich hatte mich sehr gefreut, dass bei der Beurteilung des Mitwirkungsverfahrens die Beteiligung der Bevölkerung bei den Details der Lebensraumgestaltung als Anregung aufgenommen wurde. Ich finde aber diesen Aspekt nicht mehr. Er ist verloren gegangen. Meine Frage an den Gemeinderat: Wie stellt er sich dazu, dass man das Grundprinzip der Beteiligung der Bevölkerung bei der konkreten Lebensraumgestaltung als verbindlich in das

Raumentwicklungskonzept aufnimmt? Ein drittes Thema war noch nie enthalten, müsste meiner Meinung nach aber dringend hineingenommen werden: der Flugverkehr. Er ist eine bedeutende Bedingung für die Entwicklung von Allschwil im Sinn von Liegenschaftswert und Wert des Lebensraums. Ich finde, ein Raumentwicklungskonzept, das auf den Zeitraum bis 2035 angelegt ist, müsste den Flugverkehr als Komponente erwähnen, die bei der weiteren Entwicklung zu berücksichtigen ist. – Im Übrigen schliesse ich mich ebenfalls dem Dank an, der bereits ausgesprochen wurde, und ich wünsche diesem Raumentwicklungskonzept grundsätzlich, möglicherweise ergänzt um die von mir aufgeführten Details, weiterhin ein gutes Gedeihen.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: An erster Stelle muss ich sagen, dass wir in unserer Fraktion sehr froh darüber sind, dass wir das Geschäft heute Abend behandeln und nicht, wie ursprünglich angedacht, in der vorigen Sitzung. Wir sind jetzt doch bereits eine halbe Stunde damit beschäftigt. Dadurch, dass wir es heute behandeln, erhält es den Stellenwert, den es auch verdient. Das REK ist über mehrere Monate hinweg ausgearbeitet worden, mit Echogruppe, mit externen Beratern und mit Angestellten der Gemeinde, die alle sehr viel Zeit und Überlegungen investiert haben. Als «REK 2035» ist es auch ein zukunftsweisendes Papier. Es hat verdient, dass man es heute in aller Ruhe und ohne Zeitdruck berät. Von Seiten unserer Fraktion möchte ich zwei Punkte mitgeben, die vorhin auch schon angesprochen worden sind. Das eine ist der Dorfkern: Wie soll er sich in Zukunft weiter entwickeln an dieser Lage, die durch sehr viele Einflussfaktoren bestimmt ist? Wir haben auf der einen Seite den Verkehr, der den Dorfkern sehr stark prägt, sowohl der Individualverkehr, wie aber auch der öV durch Tram- und Buslinien. Gleichzeitig hat der Dorfkern ein historisches Bild, das in unserer Region einzigartig und auch schützenswert ist. Das macht es aber gleichzeitig auch wieder unglaublich schwer, dort Gewerbe zu betreiben oder sonstige Unternehmungen zu führen. Das sind drei unglaublich schwierige Knackpunkte, die man einbeziehen muss, wenn man den Dorfkern weiterentwickeln will. Dies zu lösen, wird eine extrem grosse Herausforderung sein, weil alle drei angesprochenen Bereiche je für sich bereits sehr streng geregelt bzw. in ihrem Ist-Zustand festgelegt sind. Das Zweite, was unserer Fraktion auf dem Magen liegt, ist die Entwicklung an der Binningerstrasse. Wir haben von Anfang an klargestellt, dass es für uns extrem wichtig ist, dass das Gewerbe dort seinen festen Standplatz hat, der auch bezahlbar ist. Es greift in den letzten Jahren die Angewohnheit um sich – in der Stadt extrem, aber auch in der Agglomeration –, solche Gewerbegebiete umzuzonen oder umzuplanen, oft mit der Begründung, sie seien ja mit dem Gewerbe nicht ausgelastet. Das hat unter anderem damit zu tun, dass manche Liegenschaftsbesitzer oder Stadtentwickler mit dem Gedanken liebäugeln, dass die Liegenschaft eines Tages umgezont und zu einer Mischnutzung mit teuren Wohnraum gemacht werden kann. Es besteht daher das Phänomen, dass man das Gewerbe immer weiter hinaus ins Hinterland abdrängt. Und am Ende fragen sich die Leute, warum sie dem Handwerker je 45 Minuten An- und Abfahrtszeit oder CHF 150 Grundpauschale zahlen müssen. Wir als Fraktion haben schon in der Echogruppe und bei den Workshops darauf hingewiesen und werden uns auch im Zuge der künftigen Entwicklung ganz klar dafür einsetzen, dass an der Binningerstrasse der Platz für das Gewerbe bleibt, den es dort braucht. Die Gefahr besteht auch, dass durch immer mehr Quartierpläne immer mehr Wohnbebauung entsteht, was wiederum – wie vorhin auch schon angesprochen wurde – Kosten für mehr Strukturbauten aufwirft. Dies muss man auf dem ganzen Weg bis 2035 nicht nur im Hinterkopf, sondern auch im Auge und im Bauch behalten. – Beim Thema Verkehr sind wir uns bewusst, dass wir irgendwann an eine Limite stossen und mit den heutigen Strassen nicht mehr zusätzlichen Verkehr aufnehmen können. Wir können probieren, den Verkehr umzujonglieren, sprich einige Leute vom MiV auf den öV oder vom öV aufs Velo zu bringen. Das sind aber nur Rochaden auf einem Spielbrett, das jetzt schon gegeben ist und auf dem faktisch keine Anpassungen gemacht werden. Das bedeutet, dass auch wir als Gemeinde in Zukunft mutig sein müssen und, zum Beispiel mit einem Parkraumreglement, den unsinnigen Verkehr fernhalten. Das Spielfeld als solches können wir nicht grösser machen. – Abschliessend noch eine Frage: Wenn die Präsentation in der Kommission so hervorragend war, wäre meine Anregung, ob man diese bei einem derart umfassenden Geschäft nicht auch im Einwohnerrat präsentieren könnte. Ich hätte das im vorliegenden Falle begrüsst.

**Beatrice Stierli**, CVP-Fraktion: Auch die CVP-Fraktion nimmt das Räumliche Entwicklungskonzept sehr gern und als sehr gut zur Kenntnis. Wir danken allen Beteiligten für die Ausarbeitung. Uns hat vor allem sehr gefallen, dass so viel informiert wurde und dass alle Beteiligten einbezogen wurden. Entsprechend gut ist das Konzept herausgekommen. Die Frage ist, wie es jetzt weitergeht. Der Zeithorizont 2035 ist aus unserer Sicht gut gewählt. Aber der Teufel liegt im Detail. Die Mobilität steigt. Der Verkehr wird nicht weniger. Auch das Problem des Flugverkehrs sollte Platz haben. Auch sind wir gespannt, wie man die Problematik rund um den Dorfkern lösen werden.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Ich möchte den Blick nochmals auf die KMU hin richten. Florian Spiegel hat sich schon ausführlich, auch ganz im Sinn der FDP-Fraktion, dazu geäußert. Es geht nicht nur um Dienstleister, sondern wir müssen vor allen Dingen auch schauen, dass wir unsere Handwerksbetriebe hierbehalten können und sie nicht an den Rand hinaus drängen. Man muss bedenken, dass im Falle einer Mischnutzung der Bodenpreis steigt. Investoren wollen Geld machen und sind mehr an Wohnraum interessiert als an Gewerbegebieten. Bereits heute haben wir die Situation, dass sich kleine Unternehmer den Boden im Bachgrabengebiet nicht mehr leisten können. Für sie ist dies ein Gewerbegebiet, das zu teuer ist. So etwas darf im Gewerbegebiet an der Binnerstrasse nicht auch passieren. Sonst haben wir diese Art von Gewerbe verloren. Denn dies ist der letzte Platz, den wir Ihnen anbieten können. Eine Werkstatt hat immer Emissionen, auch wenn man es noch so gut einzudämmen versucht. Von daher wäre es auch wünschenswert, wenn Betriebe, die sich in heutigen Wohnzone befinden, dort herausgehen und in das Gewerbegebiet an der Binnerstrasse ziehen könnten. Es wird immer wieder darauf verwiesen, wie gut die Mischnutzung im Dreispitzareal funktioniere. Nur muss man wissen, dass dort an Samstagen und Sonntagen Arbeitsverbot herrscht. Da kann im kleinen Ein-Mann-Schreinerbetrieb nicht noch schnell etwas fertiggestellt werden, sondern er ist gezwungen, eine Fünftageswoche einzuhalten. Und ich gehe davon aus, dass es auch Bestimmungen darüber gibt, wann er am Morgen anfangen darf und wann er abends aufhören muss – eben weil es nebenan Wohnungen hat und dort andere Bedürfnisse gegeben sind. Aus diesen Überlegungen heraus ist die FDP-Fraktion ganz klar gegen eine Mischnutzung im Gewerbegebiet Binnerstrasse. Ein weiterer Punkt betrifft die schützenswerten Bauten aus dem Bundesinventar. Wir sind uns nicht sicher, ob es jetzt der richtige Ort ist, dies anzusprechen, oder ob die Flughöhe momentan noch etwas zu hoch ist. Uns ist aber wichtig, dass sich der Gemeinderat bei der Planung darum kümmert. Wir haben auch zum Beispiel im Gewerbegebiet Binnerstrasse Bauten, die in diesem Inventar enthalten sind. Es gibt dort ganz klare Regelungen, wie mit ihnen umgegangen werden muss. Zum Beispiel müssen sie in einem Zonenplan ausgewiesen werden. Ferner gibt es auch Regelungen, unter welchen Umständen sie abgerissen werden dürfen. Wir fordern den Gemeinderat auf, sich frühzeitig Gedanken darüber zu machen, damit nicht noch einmal so ein Fall auftritt wie ihn bei der Turn- und Konzerthalle an der Gartenstrasse hatten.

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Im REK wird beim Thema Mehrfamilienhäuser etwas erwähnt, das wir nochmals betonen möchten: Wenn heranwachsende Kinder den elterlichen Haushalt verlassen, aber noch keinen hohen Lohn haben, sind sie auf zahlbaren Wohnraum angewiesen. Wir sind der Meinung, Politik und Bevölkerung sollten sich Gedanken darüber machen, ob man nicht bei sämtlichen Mehrfamilienhäusern, wenn sie renoviert, abgerissen oder neu gebaut werden, generell ein Stockwerk mehr zulassen sollte. Bereits heute besteht auch in Allschwil eine hohe Nachfrage nach zahlbaren Wohnraum für die Leute, die noch vor der Familienplanung stehen, oder die die Familienplanung schon abgeschlossen haben. Das sind dann nicht unbedingt die, die die Infrastrukturkosten in die Höhe treiben.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ich danke für die angeregte Diskussion und die Vorschläge selbstverständlich hat sich der Gemeinderat zu all den Themen, die sie jetzt eingebracht haben, schon Gedanken gemacht. Ich möchte nur zwei, drei Sachen herausgreifen. Aber ich versichere Ihnen, in der weiteren Planung werden genau die Anliegen, die sie jetzt vorgebracht haben – sei das Binnerstrasse, sei das Bachgrabengebiet – genau angeschaut werden, sodass man dann nach 2020, wenn man eine nächste Zonenplanung an die Hand nimmt, ein gutes Reglement auf die Beine stellen kann. – Martin Münch hat von «tausend» Arbeitsplätzen im Bachgrabengebiet gesprochen. Wenn er, wie er jetzt signalisiert, «tausende» meinte, ist es richtig. – Ueli Keller hat nach der Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Baselbiet gefragt. Zum einen hatten wir natürlich die Kantonsplaner von Baselland und auch von Basel-Stadt im Boot in der Echogruppe. Und wir sind mit den Leimentaler Nachbargemeinden schon länger im Kontakt. Es ist ja eine Raumplanung Leimental mit einem Korridor nach Allschwil hinaus angedacht. Diese Zusammenarbeit läuft also eigentlich schon. Wir sind auch eingebunden in die Region «Leimental plus». – Die Beteiligung der Einwohner werden wir selbstverständlich fortführen. Der Gemeinderat hat sich auf die Fahnen geschrieben, Bottom-up-Projekte so weit, wie dies irgend möglich und sinnvoll ist, zu fördern. Etwas konkreter: Es ist ja beschrieben, dass die Tramlinie 8 weitergezogen werden soll durch die Binnerstrasse in den Raum Letten/Gartenhof. – Das mit dem Flugverkehr wird etwas schwieriger, aber wir machen uns darüber Gedanken, inwiefern dieses Thema mitgenommen werden kann. Der Flugverkehr hat vor allem einschränkende Auswirkungen auf die Planung von Neubauten in belasteten Gebieten. Wir werden das Thema selbstverständlich mitnehmen, wenn es dann um die Zonenplanung geht.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Ich möchte nur ganz kurz eine Antwort auf das Votum von Rahel geben. Ich bin etwas erschrocken über den Satz, dass ein Stockwerk mehr bezahlbaren Wohnraum fördere. Ich glaube natürlich genau das Gegenteil. Was neu gebaut wird, wird einfach teurer. Das Problem liegt bei der Art der Renovation einer Altwohnung. Kann man sie so sanieren, dass sie hinterher nicht teurer werden?

**Simon Maurer**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich eine abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass die Beratungen über das Geschäft 4271 A abgeschlossen sind. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderats auf Seite sechs des Berichts.

#### *Abstimmung*

#### Anträge des Gemeinderats:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Räumliche Entwicklungskonzept Allschwil 2035 wird zur Kenntnis genommen

**://:**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

#### *Schlussabstimmung*

**://:**

Das Geschäft wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 5**

Bericht des Gemeinderates vom 14.03.2018, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 17.05.2018, betreffend der Jahresrechnung 2017  
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt, Geschäft 4368 / A

---

**Franz Vogt**, Gemeindevizepräsident: Die Präsentation der Rechnung 2017 ist wie folgt gegliedert. In einem ersten Schritt werde ich das Ergebnis der Erfolgsrechnung inklusive Abweichungen zum Budget erläutern. In einem zweiten Schritt werde ich das Ergebnis der Investitionsrechnung inklusive Abweichungen zum Budget erläutern. In einem dritten Schritt werde ich kurz etwas zu den Ergebnissen der Spezialfinanzierungen sagen. In einem letzten Schritt werde ich wie gewohnt ein Fazit ziehen.

Die Rechnung 2017 schliesst mit einem Gewinn von ca. CHF 0.5 Mio. Budgetiert war ein Verlust von CHF 1.3 Mio. gewesen. Das gute Ergebnis berücksichtigt eine freiwillige ausserordentliche Abschreibung des Pensionskassen-Bilanzfehlbetrages von CHF 2.6 Mio. Ebenso berücksichtigt das Ergebnis die Bildung einer Vorfinanzierung für die Sanierung des Schulzentrums Neuallschwil. im Umfang von CHF 8.0 Mio. diese zusätzlichen Aufwendungen konnten nur dank dem guten Steuerergebnis sowie ausserordentlichen Sondereffekten getragen werden. Im Berichtsjahr sind Mehrerträge für Steuern im Umfang von CHF 11.0 Mio. gegenüber dem Budget realisiert worden. CHF 6.0 Mio. kommen aus dem laufenden Jahr, davon CHF 2.0 Mio. aus den Quellensteuern und CHF 2.4 Mio. aus den Steuern der juristischen Personen. CHF 5.0 Mio. rühren aus den Vorjahren her, davon CHF 3.0 Mio. von den natürlich und 2.0 Mio. von den juristischen Personen. Zudem konnte gemäss Anweisung der Finanz- und Kirchendirektion die bestehende Rückstellung für die Deckungslücke des Vorsorgewerks der Lehrkräfte aufgrund des guten Ergebnisses der BLPK teilweise aufgelöst werden; das sind CHF 2.5 Mio. Andererseits erhielt die Gemeinde eine Rückzahlung aus dem Finanzausgleich von CHF 1.8 Mio. wegen der rückwirkenden Erhöhung des Ausgleichsniveaus.

Das Total der Abweichungen beim Aufwand beträgt CHF 12.6 Mio. das Total der Abweichungen beim Ertrag beträgt CHF 14.5 Mio.

Wesentliche Abweichungen beim Aufwand: Bildung einer Vorfinanzierung für das Schulzentrum Neuallschwil CHF 8.0 Mio. Freiwillige ausserordentliche Abschreibung des Pensionskassen-Bilanzfehlbetrages CHF 2.6 Mio. Höhere Beiträge für den Finanzausgleich aufgrund des guten Steuerergebnisses von 2016.

Wesentliche Abweichungen beim Ertrag: Im Berichtsjahr sind Mehrerträge für die Steuern im Umfang von CHF 11.0 Mio. realisiert worden, davon CHF 6.0 Mio. für das laufende Jahr, CHF 5.0 Mio. aus den Vorjahren. Die Gemeinde hat eine Rückzahlung aus dem Finanzausgleich von CHF 1.8 Mio. erhalten durch die rückwirkende Erhöhung des Ausgleichsniveaus.

Die Nettoinvestitionen im Jahr 2017 belaufen sich auf CHF 10.9 Mio. Das ist CHF 2.6 Mio. über Budget. Die grössten Abweichungen resultieren aus der Funktionsbildung und aus den Spezialfinanzierungen. Die seit Baubeginn der neuen Schule Gartenhof angefallenen Kosten belaufen sich auf CHF 63'358'556. Im Jahr 2017 wurden Ausgaben im Umfang von CHF 2.3 Mio. vorgesehen. Effektiv betrug die Rechnung CHF 7.4 Mio. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sich die Rechnungsstellung 2016 verspätet hat und somit das Jahr 2017 zusätzlich belastet wurde. Es ist unverändert davon auszugehen, dass der genehmigte Kredit eingehalten wird.

Bei den Spezialfinanzierungen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung waren insgesamt Nettoinvestitionen von CHF 3.0 Mio. vorgesehen. Effektiv sind jedoch nur CHF 1.1 Mio. ausgegeben worden. Hauptgrund für die massive Unterschreitung ist die verschobene Ausführung der zweiten Sanierungsetappe der Oberwilerstrasse. Gemäss aktuellem Kenntnisstand wird diese Etappe erst im Jahr 2020 umgesetzt. Die entsprechenden Kredite sind abgerechnet worden und werden zu gegebener Zeit wieder ins Budget aufgenommen.

Kommen wir zu den Spezialfinanzierungen. Die Spezialfinanzierung Wasserversorgung schliesst per Ende 2017 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1.4 Mio. ab. Damit liegt das Ergebnis um CHF 177'000 über Budget. Das ist, neben höheren Erträgen, darauf zurückzuführen, dass weniger ausserordentliche Unterhaltsergebnisse anfielen. Da die Wasserkasse mehr Kapital hat, als sie im Moment benötigt, hat der Gemeinderat bereits ab Budget 2018 die mengenabhängige Wassergebühr von CHF 1.50 pro m<sup>3</sup> auf CHF 1.40 gesenkt. Im Jahr 2017 wurden in der Wasserkasse Investitionen im Umfang von CHF 507'000 getätigt. Unter Berücksichtigung der Anschlussbeiträge von CHF 55'000 resultieren daraus Nettoinvestitionen von CHF 452'000. Per Ende 2017 beträgt das Nettovermögen der Wasserkasse CHF 3.5 Mio.

Die Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung hat 2017 einen Ertragsüberschuss von CHF 301'000 erwirtschaftet. Das ist ein um CHF 458'000 besseres Ergebnis als budgetiert. Diese grosse Budgetabweichung ist darin begründet, dass die uns vom Kanton belasteten Kosten für das Abwasser weitaus tiefer ausgefallen sind. 2017 beläuft sich die Bruttoinvestitionssumme der Abwasserkasse auf CHF 644'000. Die Anschlussbeiträge betragen CHF 44'000. Daraus resultieren Nettoinvestitionen von CHF 600'000. Das Nettovermögen der Abwasserbeseitigung beträgt per Ende 2017 CHF 4.2 Mio.

Die Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung schliesst die Rechnung 2017 mit einem Defizit von CHF 203'000 ab. Das Ergebnis fällt somit um CHF 14'000 schlechter aus als budgetiert. Es handelt sich somit fast um eine Punktlandung. Defizite in der Abfallbeseitigung sind gewollt, um das überschüssige Kapital abzubauen, und sie sind die Folge der letzten Gebührenreduktion und der Einführung der separaten Kunststoffabfuhr. Im Jahr 2017 beläuft sich die Nettoinvestitionssumme der Abfallbeseitigung auf CHF 26'000 und betrifft ausschliesslich die Wertstoffsammelstelle bei der neuen Schule Gartenhof. Das Nettovermögen der Abfallbeseitigung beträgt per Ende 2017 CHF 2.8 Mio.

Wir kommen schon zum Fazit: Das um den periodenfremden Aufwand und Ertrag bereinigte Ergebnis 2017 beträgt CHF 2.6 Mio. Somit steht die Gemeinde Allschwil per Jahresende 2017 besser da, als man in der Vergangenheit hatte erwarten können. Die kurz- und langfristigen Schulden sind trotz dem guten Ergebnis aufgrund der hohen Investitionen fast unverändert geblieben und betragen per 31.12.2017 CHF 66.0 Mio. Das ist eine Zunahme um CHF 2.0 Mio. Das Eigenkapital beträgt per 31.12.2017 rund CHF 14.1 Mio. Im Vorjahr waren es noch CHF 13.6 Mio. gewesen. Dennoch wäre es jetzt falsch, die bisherige Ausgabendisziplin nicht beizubehalten. Denn Allschwil hat überdurchschnittlich hohe Steuererträge von juristischen Personen. Bei juristischen Personen können die Steuererträge von Jahr zu Jahr aufgrund der Ergebnisse stark schwanken. Insbesondere besteht



bereits heute Kenntnis darüber, dass eine kleinere Status-Gesellschaft mit Steuererträgen von über CHF 2.0 Mio. in absehbarer Zeit die Gemeinde Allschwil verlassen wird. Ebenso bestehen aktuell immer noch Unsicherheiten über die Steuervorlage 17. Voraussichtlich werden sich die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen im Jahr 2020 um ca. CHF 3.1 Mio. reduzieren. Bis ins Jahr 2025 ist es sogar möglich, dass sich die Steuererträge für die juristischen Personen aufgrund der Steuervorlage 17 gegenüber heute halbieren. Das Kostenwachstum im Bildungsbereich wird uns auch in den nächsten Jahren begleiten. Der Finanzplan 2018–2022 geht von einer Zunahme von acht Primarschulklassen aus. Im Gesundheitsbereich werden die Kosten in den nächsten Jahren, wie es der bisherige Trend aufgezeigt hat, weiter steigen, einerseits aus demographischen Gründen, andererseits aufgrund der Einführung der Ergänzungsleistungs-Obergrenze ab 2018 sowie der Erhöhung der Pflegenormkosten. Unsere Zielsetzung stellt also eine Herausforderung dar und setzt folgendes voraus: Beibehaltung der Ausgabendisziplin; keine wesentlichen neuen gebundenen Aufwände zulassen; permanent prüfen, ob Einsparungspotenzial besteht; Investitionen nur gezielt und aufgrund von einheitlicher Priorisierung, auch hinsichtlich der Reduktion möglicher Folgekosten. Es wird auch in den kommenden Jahren Anstrengungen von uns allen brauchen, Gemeinderat, Verwaltung und auch Einwohnerrat. Packen wir es also an.

**Mark Aellen**, Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission: Es ist natürlich immer eine Freude, so positive Rechnungen vorstellen und kommentieren zu dürfen, insbesondere, als auch vom Buchhalterischen her an dieser Rechnung überhaupt nichts auszusetzen ist, wie Sie meinem Bericht entnehmen konnten. Es gibt einige wenige Sachen, die wir ein wenig als Alarmsignale auffassen. Ich werde mich auf diese fokussieren und nicht nochmals die ganzen Zahlen wiederholen.

Ein Thema sind die Rückstellungen für Ferien- und Gleitzeitguthaben oder Überstunden beim Personal. Diese wachsen unserer Meinung nach beachtlich, wie im Bericht auf S. 3 zusammengestellt. Wir sind jetzt bei CHF 680'000 angelangt, das entspricht umgesetzt pro Mitarbeiter etwa 5 Tagen Mehrstunden und 5 Tagen Ferien. Dies ist ein beachtliches Potenzial, das abgebaut werden sollte, insbesondere da wir ja auch immer wieder gehört oder gelesen haben, dieses oder jenes Projekt werde wegen Ressourcenmangels zurückgestellt. Die Verwaltung ist sehr stark belastet mit der Umsetzung des neuen Konzepts. Wir sind nicht zu einem eindeutigen Schluss gekommen, wie gross das Potenzial von Arbeiten, die man noch machen sollte, wirklich sein soll. Dazu gibt es zwar einige Pläne, wie wir zum Beispiel vom Wasserwerk gehört haben, wo etwas um drei Jahre auf 2020 verschoben wird. Unter finanzpolitischen Aspekt ist das schon fragwürdig. Wir hoffen, die Fachleute haben das wirklich im Griff. Von der Finanzplanung her bin ich damit nicht sehr glücklich. Die Überlastung wird auch daran sichtbar, dass bei der Auflistung der Investitionen in das Verwaltungsvermögen jährlich mehr Positionen ersichtlich sind, die nicht innerhalb der drei Jahre abgeschlossen werden, also die Schlussrechnung vorliegt. Laut den Regularien müsste nach drei Jahren entweder der Abschluss vorliegen, oder man muss für die betreffenden Budgetpositionen einen Nachkredit beantragen. Es ist jetzt glücklicherweise nicht mehr ganz so schlimm wie zu der Zeit, als wir es prüften. Es wurden während der Revision noch fünf Positionen geschlossen. Dennoch handelt es sich um eine Häufung von Ereignissen, die zeigen, dass wir irgendwie im Rückstand sind.

Wir haben im Weiteren angeschaut, wie die Informatik gestellt ist, von der wir ja mehr denn je abhängig sind. Bei dem Gesamtvolumen von jetzt doch mehr als CHF 100 Mio. kann man nicht mehr nur manuell kontrollieren, sondern man muss sich überlegen, ob die IT auf die Finanzen bezogen in der Lage ist klarzukommen. Es hat sich gezeigt, dass die IT sehr gut aufgestellt ist. Es gibt nur ein paar wenige Verbesserungen, die man vorschlagen könnte.

Ich möchte jetzt, wie schon vor zwei Jahren, einen Rückblick auf einen der kritischen Faktoren halten. [Folie wird aufgelegt] In dieser Grafik sieht man die Entwicklung der Bevölkerung laut dem statistischen Amt. Es gibt, nach Alter aufgeteilt, fünf Bevölkerungsgruppen. Unten gibt es drei Linien, die praktisch gleich sind. Die Jungen und die Alten haben etwa den gleichen Anteil. Dazwischen hat man ein Segment der ca. 20- bis 50-Jährigen, das praktisch unverändert läuft. Und oben dran hat man die Bevölkerungsgruppe, die einfach nur wächst. Wir haben also immer mehr ältere Leute mit den entsprechenden Konsequenzen für die Gesundheitskosten. Wir haben etwas weniger junge Leute. So sieht das Bild jetzt aus. Man sieht gewisse Trends. Interessant ist effektiv, dass die ganzen Bewegungen, die wir in der Bevölkerung hatten, die grosse verdienende Mittelschicht praktisch nicht getroffen haben. [neue Folie] Auf der zweiten Folie ist dargestellt, welche Auswirkungen das auf die Steuern der natürlichen Personen hat. Ich habe mir hier erlaubt, ein wenig von der Statistik abzugehen, die der Kanton vorschlägt. Der Kanton weist die Zahlen per Einwohner aus, ich habe sie per zahlendem Einwohner ausgewiesen. Wenn man das tut, erhält man diese interessante Grafik. Das Steuervolumen steigt ständig. Am Anfang ist es mehr oder weniger kontrolliert, man kann es in

etwa voraussagen. Dann kommt man – bei den letzten drei, vier Jahren – in eine Zone hinein, wo die Voraussage sehr schwierig wird. Ist das jetzt einfach ein bisschen höher als im normalen Trend? Oder ist es ein neuer Trend, dass wir wirklich mehr gut zahlende Leute in Allschwil haben? Das macht die ganze Wertung der finanzpolitischen Überlegungen, wie mit dem Geld umgegangen werden soll, und ob man in Zukunft wirklich genug Geld hat für die beschriebenen grossen Aufgaben, recht schwierig. Ich finde es auch sehr bemerkenswert, dass wir nicht wissen, woher der Boost kommt. Wir werden überrascht davon. Aber man hört dann immer wieder: Es war ja schon immer so, es wird schon gut kommen, das wird immer so weitergehen. Wenn ich mir diese Grafik anschau, bin ich mir dessen nicht sicher. Wir hatten Glück. Wir sind definitiv in einer Phase, in der einige Dinge sehr viel besser liefen, als man hätte vermuten können. Wir liegen definitiv über dem Schnitt, den die Konjunktur voraussagt. Im Moment ist es toll. Wir legen Geld zurück, sparen schon für die nächste Schulhausrenovation. Aber unsere grossen Schuldenlöcher können wir noch nicht stopfen, CHF 66 Mio., wie wir gehört haben, langfristig sind CHF 50 Mio. gesetzt, das ist praktisch das Einkommen der natürlichen Personen in einem Jahr. Es ist also sehr schwierig zu sagen, wohin es gehen wird.

**Simon Maurer**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

#### *Allgemeine Beratung*

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion nimmt die Rechnung so zur Kenntnis. Wir finden sie übersichtlich und aufschlussreich. Die Abweichungen bei Aufwand und Ertrag sind sehr gut erklärt und nachvollziehbar. Ich möchte der Verwaltung danken für die Arbeit, die sie hier geleistet hat. Zweitens möchten wir uns bei der Fireko für deren Bericht bedanken, den wir als sehr hilfreich und dienlich empfinden. Abschliessend möchte ich noch sagen, dass wir als Fraktion uns ganz herzlich bei Joseph Hammel bedanken möchten, der per Ende Juli die Gemeinde verlässt. Er ist uns allen stets als freundlicher, motivierter und auch sehr kompetenter Bereichsleiter begegnet, und so wird er uns auch in Erinnerung bleiben. *[Beifall]*

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Wir bedanken uns auch für die geleistete Arbeit des Gemeindepersonals, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bereichs Finanzen für die Arbeit am Bericht, aber auch allen zusammen, denn die Rechnung ist letztlich auch ein Resultat ihrer Arbeit. Wir bedanken uns auch beim Gemeinderat, bei den Mitgliedern der Revisorenstelle sowie bei den Kolleginnen und Kollegen von der Fireko. Und selbstverständlich schliesse ich mich Florian Spiegel an und bedanke mich recht herzlich für die Zusammenarbeit mit Joe Hammel in den letzten Jahren.

Wir haben das grosse Glück, dass unsere Rechnung zum wiederholten Male besser ist, als es im Budget prognostiziert war. Das liegt zum einen vielleicht daran, dass wir das Budget jeweils im Dezember verabschieden, und da haben die Leute eben ein wenig den Blues. Die Rechnung jedoch kommt immer zu Sommeranfang. Oder: Beim Budget sind wir meistens finanzorientiert, die Rechnung aber ist ein Spiegel der Leistung, und zwar der Leistung von allen. Trotz guter Rechnungsergebnisse reden wir aber ab und zu immer noch von einem strukturellen Defizit. Monetär gesehen, ist das de jure richtig, und darum sind wir beim Budgetieren auch immer eher defensiv. Aber ist es nicht genau so richtig, dass die Strukturen der Institution Einwohnergemeinde – zum Beispiel Allschwil – fast nichts anderes zulassen als ein Defizit? Die öffentliche Hand ist monetär, aber auch anderweitig komplett durchreglementiert, und die Aufgaben nehmen stetig zu. Trotzdem verschliessen wir uns immer wieder einmal vor Einnahmen, manchmal sogar vor denen, die uns zustehen. Wir haben ein Defizit festgestellt im Bildungsbereich: zu wenig Schulraum. Wir sind daran, dies strukturell zu beheben, und wir werden den Match in der regulären Spielzeit gewinnen. Wir drücken uns womöglich eine Steuervorlage 17 aufs Auge – dann bekommt das Defizit tatsächlich Struktur. Wir werden auch einmal im Penaltyschiessen verlieren. Wir können dem Defizit Struktur geben, oder wir können strukturell weiter arbeiten, dann relativiert sich auch das Defizit.

**Jérôme Mollat**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Auch wir freuen uns über den guten Abschluss. Die Steuereinnahmen konnten deutlich erhöht werden, auch dieses Jahr wieder, was wohl die Folge des Bevölkerungswachstums und wahrscheinlich auch der besseren Steuerzahler ist. Was uns Sorge bereitet, ist die hohe Verschuldung. Bei anhaltendem Bevölkerungswachstum werden wohl weitere teure Investitionen nötig sein, möglicherweise auch solche in Schulhäuser, was die Verschuldungssituation weiter verschärfen dürfte. Ich möchte dazu aber hier schon anmerken, dass es unserer Fraktion ein Anliegen sein wird, die Grün- und Freiflächen zu erhalten und sie nicht für einen Schuldenabbau einzusetzen.

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Auch wir verdanken die Arbeit für die Rechnung und für den Bericht der Fireko. Die Zusammenarbeit klappt rundum sehr gut. Erfreulich ist, dass der Gewinn zugunsten der Gemeinde sehr gut eingesetzt wurde mit der ausserordentlichen Abschreibung des PK-Bilanzfehlbetrages. Was wir wiederum monieren, ist, dass zwischen Budget und Rechnung eine so grosse Differenz besteht. Wir gehen davon aus, dass die Einnahmen der Gemeinde permanent zu konservativ eingeschätzt werden, im Speziellen die Steuereinnahmen. Uns ist auch aufgefallen, dass man immer noch keine Mieteinnahmen generieren kann im Zusammenhang mit der Zwischennutzung der Schulhäuser Bettenacker und Gartenstrasse. Wir sind der Auffassung, dass man diese Projekte von Anfang an zu spät in Angriff genommen und in der Folge auch ein wenig verschleppt hat. Zum Thema Spezialfinanzierungen fragen wir uns, wann die alten Rohre für die Trinkwasserversorgung ersetzt werden, wann das Konzept unterwegs sein wird, wann die alten Abwasserrohre ersetzt werden, und auch dort: Wo ist das Konzept? Dann werden wir Fragen zu bestimmten Kontogruppen haben, dazu werde ich in der Detailberatung kommen.

**Mark Aellen**, Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission: Ich höre immer wieder, es sei das Bevölkerungswachstum, das die Steuereinnahmen ansteigen lässt. Ich habe dazu noch eine andere Grafik gemacht. [Folie wird aufgelegt] Ich habe hier die Veränderungen des Steuervolumens gegen die Veränderung der Bevölkerungszahl eingetragen. Man sieht zwei Ausreisser, die die letzten beiden Jahre betreffen. Dort, wo ich vorhin den Stift hingelegt hatte, war Null. Wir liegen knapp über Null, haben also um einige wenige Einwohner zugenommen – und machen eine derartige Differenz beim Steuervolumen. Das liegt nicht am Bevölkerungswachstum. Das muss einen anderen Grund haben. Die Leute generieren bessere Einnahmen, das ist auf alle Fälle so, aber es liegt nicht daran, dass es mehr Leute sind.

#### *Detailberatung*

**Simon Maurer**, Präsident: Wir kommen zur abschnittswisen Beratung, zuerst bezüglich der Erfolgsrechnung, anschliessend bezüglich der Investitionsrechnung. Ich übergebe das Wort dem zweiten Vizepräsidenten.

#### Erfolgsrechnung

##### 0 Allgemeine Verwaltung, S. 27-29

keine Wortmeldung

##### 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, S. 29-34

keine Wortmeldung

##### 2 Bildung, S. 34-40

**Martin Münch**, FDP-Fraktion: Ich habe eine Frage zu Ziff. 218, S. 38. Dort steht, dass die Schulergänzende Tagesbetreuung einen Nettoaufwand von CHF 280'600 hat. Ich nehme an, dies läuft nach dem FEB-Reglement und wundere mich daher, dass wir einen Aufwand haben. Das sollte doch eigentlich gedeckt und neutral sein.

**Franz Vogt**, Gemeindevizepräsident: Es ist eben nicht so, dass das nach dem FEB-Reglement läuft, sondern es gibt eigene Reglemente für die Schulergänzenden Tagesstrukturen. Dort werden die Subventionen nicht explizit ausgewiesen. Der Aufwand von CHF 280'000 beinhaltet sämtliche Subventionen. Es handelt sich um die Betreuung von 66 Kindern im Tageskindergarten und 132 Kindern in der Tagesschule. Man hat dort eine Abstufung nach Einkommen der Eltern. So werden dort diese Beiträge berechnet. Würden die Eltern alle voll zahlen, hätten wir hier ein schönes Plus.

### 3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche, S. 40-44

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Beim Konto 3410 3010, Übriger Sport, Löhne (S. 43) waren CHF 53'000 budgetiert. Tatsächlich sind nur CHF 41'281 angefallen, ungefähr gleich viel wie im Vorjahr. Wieso hat man so hoch budgetiert?

**Franz Vogt**, Gemeindevizepräsident: Das Problem ist, dass zum Zeitpunkt der Budgetierung die Rechnung 2016 noch nicht vorgelegen war, sondern lediglich die Rechnung 2015. Dort war der Aufwand deutlich tiefer. Bei der Budgetierung ging man von einem Anstieg aus, der sich aber dann nicht in dem Ausmass realisiert hat, sondern der Aufwand hat auf Höhe des Betrags aus dem Jahr 2016 stagniert. Es handelt sich übrigens um das Konto des freiwilligen Schulsports. Es ist nicht einfach, dieses zu budgetieren; es melden sich mal mehr, mal weniger Kinder an. Und ich nehme an, dass auch die Angebote differieren.

### 4 Gesundheit, S. 45-46

keine Wortmeldung

### 5 Soziale Sicherheit, S. 46-51

keine Wortmeldung

### 6 Verkehr, S. 51-52

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Uns ist einmal mehr aufgefallen, dass beim Unterhalt der Strassen und Verkehrswege und beim Unterhalt übrige Tiefbauten der budgetierte Betrag nicht ausgeschöpft wurde. Im Jahr 2016 hat man ihn im Falle der Strassen zu 70% ausgeschöpft, dieses Jahr war es zwar etwas höher, aber auch nur knapp 90%. Jedenfalls wurde immer zu viel Geld budgetiert. Da ist die Frage: Budgetiert man zu konservativ – oder ist man nicht in der Lage, die Unterhaltsarbeiten auszuführen, die nötig wären, wodurch man sich eine Hypothek für die Zukunft aufbauen würde? Beim Unterhalt übrige Tiefbauten ist es noch etwas krasser, wenn man es in Prozentsätzen anschaut. CHF 22'000 waren budgetiert, CHF 6'400 wurden ausgegeben, also 30%. Ich bitte einfach darum, dass man versucht, die Planungen durchzuziehen. Jede Planung, die gestoppt oder vertagt werden muss, kostet auch wieder Geld, und man steht eines Tages vor einem grossen Berg.

**Franz Vogt**, Gemeindevizepräsident: Natürlich ist es nicht unser Ziel, diese Arbeiten nach hinten zu schieben. Wir sind bemüht, die Arbeiten auszuführen. Aber wie du selber noch besser weisst als ich: Im Tiefbau ist das nicht immer so einfach, weil gerade beim Strassenbau die Arbeiten immer von gewissen Dingen abhängig sind, zum Teil auch von privater Bautätigkeit, und man kann oft nicht so vorwärts machen, wie man das eigentlich vorgesehen hatte. Dennoch sind wir an der Sache dran und haben auch das Ziel, die Unterhaltsarbeiten in dem Ausmass auszuführen. Ein Rückstau ist sicher nicht im Interesse der Gemeinde.

### 7 Umweltschutz und Raumordnung, S. 52-58

**Mehmet Can**, SP-Fraktion: Uns ist aufgefallen, dass bei Konto 8120, Strukturverbesserungen (S. 58) nichts budgetiert ist. Wir würden gerne wissen, ob diese Position nur alle paar Jahre budgetiert wird, oder ob da nichts angefallen ist.

**Franz Vogt**, Gemeindevizepräsident: Josef Hammel klärt es ab, wir können unterdessen weitermachen.

*[nach Abklärung]* **Joseph Hammel**, Bereichsleiter Finanzen– Steuern: Es handelte sich um einen Spezialfall im Jahr 2016. Der Gemeinderat hat das in einer Sitzung am 2. November 2016 behandelt. Es handelt sich um Kosten für das Spülen und die Zustandserfassung von sogenannten Drainageleitungen. Gemäss Finanzhandbuch ist das hier am richtigen Ort verbucht. Es handelte sich um eine Rechnung in Höhe von CHF 2'685.20. Es handelt sich um eine nicht wiederkehrende

Massnahme und Ausgabe. Diese ist vom Gemeinderat korrekt ausserhalb Budget in Anlehnung an § 15 der Gemeindeordnung behandelt und bewilligt worden.

8 Volkswirtschaft, S. 58-60

keine Wortmeldung

9 Finanzen und Steuern, S. 60-62

keine Wortmeldung

Investitionsrechnung

0 Allgemeine Verwaltung, S. 65

keine Wortmeldung

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, S. 65

keine Wortmeldung

2 Bildung, S. 65-66

keine Wortmeldung

3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche, S. 66

keine Wortmeldung

4 Gesundheit, S. 66-67

keine Wortmeldung

6 Verkehr, S. 67

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Ich komme auf ein Projekt zu sprechen, Konto 6150 5010 16, «Schützenweg, Vorprojekt und BSP». Dieses ist mit CHF 30'000 budgetiert, aber es ist gar nichts gemacht worden. Bei der folgenden Position «Strassensanierungen» sind CHF 610'000 budgetiert, es wurden aber nur CHF 219'000 ausgegeben. Das sind doch recht beträchtliche Abweichungen. Ebenso hat man bei den Lärmsanierungsprojekten CHF 110'000 budgetiert und nur CHF 47'000 ausgegeben. Das geht ins gleiche Kapitel hinein. Man muss einfach aufpassen, wie viel man da vor sich her schiebt.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Hier würde ich gerne anschliessen. Sind das Planungen, die so viel günstiger geworden sind, oder hat die Gemeinde nicht die Ressourcen, um die Planungen umzusetzen?

**Franz Vogt**, Gemeindevizepräsident: Wie Sie wissen, hatten wir relativ viele Vakanzen in der Abteilung Tiefbau. Diese konnte man unterdessen besetzen. Ich denke, wir gehen hier jetzt wieder mit vollem Elan dahinter. Aber in der Tat sind einige Vorprojekte und Planungen wegen Ressourcenmangel liegengeblieben. Aber das sollten wir unterdessen wieder im Griff haben.

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Bezüglich Projektierung möchte ich noch einen Appell machen: Solche Projekte sind enorm schnell gestoppt. Sie sind wie Züge, die den Berg hoch fahren.

Bremsen ist eine kurze Sache, und der Zug steht. Aber wenn man ein Projekt wieder anfahren will, dann ist das mit sehr viel Energieaufwand verbunden. Darum ist es einfach wichtig, dass man versucht, Kontinuität in die Projekte hineinzubringen und sie in einem guten Rahmen durchzuziehen. Das hilft auch Kosten zu sparen, die sich anderenfalls in den Projektierungs- und Baukosten niederschlagen.

**Franz Vogt**, Gemeindevizepräsident: Der Gemeinderat hat das Problem erkannt, und wir haben in unserer Massnahmenplanung, in welcher wir uns gerade befinden, eine Massnahme vorgesehen, die wir «Immobilienstrategie Tiefbau» genannt haben. Das grosse Problem beim Tiefbau ist eben, dass sehr viele Sachen aufeinander angewiesen sind. Wenn man da nicht eine weitläufige und genaue Planung hat, ähnlich einer Immobilienstrategie bei den gemeindeeigenen Bauten, wird es solche Dinge immer wieder geben. Das hat der Gemeinderat erkannt und darum diese Tiefbaustrategie bei der Verwaltung in Auftrag gegeben.

#### 7 Umweltschutz und Raumordnung, S. 67-68

keine Wortmeldung

**Simon Maurer**, Präsident: Es liegen keine Wortmeldung mehr vor. Somit stelle ich fest, dass die Beratungen über das Geschäft 4386 A abgeschlossen sind. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates, Seite 16.

*Abstimmung*

#### Anträge des Gemeinderates:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Einwohnerrat zu beschliessen:

1. Gestützt auf § 57a der Gemeinderechnungsverordnung wird eine ausserordentliche Abschreibung des PK-Bilanzfehlbetrages im Umfang von CHF 2.6 Mio. vorgenommen.

*://:*

Dem Antrag wird einstimmig bei 1 Enthaltung zugestimmt.

2. Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Allschwil für das Jahr 2017 wird genehmigt (Geschäft 4368).

*://:*

Dem Antrag wird einstimmig bei 1 Enthaltung zugestimmt.

*Schlussabstimmung*

*://:*

Das Geschäft wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

PAUSE

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS

**Simon Maurer**, Präsident: Es gibt keine Mitteilungen aus dem Gemeinderat.

01.030

Einwohnerrat

### **Traktandum 6**

Bericht des Gemeinderates vom 11.04.2018, sowie der Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 31.05.2018, betreffend Geschäftsberichte 2017 des Gemeinderates, der Schulräte und der übrigen Behörden

Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4369 / A

---

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Sie haben für die heutige Einwohnerratssitzung den Geschäftsbericht des Gemeinderates, des Schulrates Kindergarten und Primarschule, des Schulrates Musikschule, der Sozialhilfebehörde und des Wahlbüros für das Jahr 2017 bekommen. Wie Sie sicher sehr schnell festgestellt haben, sieht der Geschäftsbericht des Gemeinderates etwas anders aus als in den Vorjahren. Der Grund für die andere Gestaltung und Ausführung liegt in der Reorganisation der Verwaltung, die am 1. Juli 2017 in Kraft trat und zu verschiedenen Änderungen führte. Diese Änderungen nur ganz kurz im Groben: Die Funktion der einzelnen Gemeinderatsmitglieder hat sich geändert. Sie sind nicht mehr Departementsvorsteher, sondern Ressortverantwortliche. Die Ausrichtung des Gemeinderats ist jetzt in die strategische Tätigkeit verlagert. Neu gibt es nur noch fünf Verwaltungsbereiche und nicht mehr sieben Hauptabteilungen. Und vor allem gibt es neu eine Geschäftsleitung, die sich zusammensetzt aus den fünf Bereichsleitenden und dem Leiter Gemeindeverwaltung. Diese Reorganisation hatte auch Auswirkungen auf die Gestaltung des Geschäftsberichts 2017. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass der Informationsgehalt des neugestalteten Geschäftsberichts besser ist als in den Vorjahren, auch wenn natürlich immer noch Verbesserungen möglich sind. Im Gespräch mit der GPK hat sich gezeigt, dass wir immer noch bei einzelnen Positionen Verbesserungsbedarf haben, und ich kann Ihnen versichern, dass wir daran arbeiten. Ich danke allen Mitarbeitenden, die an der Zusammenstellung und Bearbeitung des Geschäftsberichts 2017 mitgearbeitet haben. Selbstverständlich geht mein Dank auch an die GPK, die den Bericht geprüft hat.

**Florian Spiegel**, Präsident der Geschäftsprüfungskommission: Wie die aufmerksamen Leser der bisherigen Geschäftsberichte verfolgen konnten, haben wir auch unseren Bericht etwas angepasst. Wir haben neu im Bericht, den wir an den Rat richten, nur noch die Schwerpunkte aufgeführt. Die Fragen, die wir zum Geschäftsbericht hatten inklusive der Antworten des Gemeinderats und der Verwaltung erhalten Sie in einem gesonderten Dokument. Vier Punkte wollten wir besonders hervorheben.

**Petitionen:** Sie sind im Geschäftsbericht auf Seite 11 aufgelistet. Dort steht, im Jahr 2017 sei eine Petition eingereicht worden. In Tat und Wahrheit waren es aber zwei, die dann fälschlich durch das Protokollverwaltungssystem Axioma zu einem Geschäft zusammengefasst wurden, zusammen mit der noch offenen Motion betreffend Parkraumreglement. Aus diesem Grund ist die zweite Petition untergegangen. Wir haben bei diesem Punkt moniert, dass es einfach ein schlechtes Licht nach aussen wirft, wenn im Geschäftsbericht von 120 Petitionären geredet wird und gleichzeitig eine andere Petition mit rund 400 weiteren Petitionären schlicht verloren geht. Wir sprechen also von mehr als 500 Petitionären, die zwei Petitionen, die in die gleiche Richtung gehen, eingereicht haben. Wir sind der Meinung, dass es einen erheblichen Einfluss auf die Wahrnehmung nach aussen hat, ob es sich um 120 oder doch mehr als 500 Personen handelt. Auch denken wir, dass es denen, die die Unterschriften geleistet haben, ebenso wie denen, die sie gesammelt haben, schwer im Magen liegt, wenn sie sich so viel Mühe gegeben haben und das im Geschäftsbericht dann nicht zutreffend abgebildet ist.

**Projekt EVA:** Hier hatten wir angefragt, wie viele Stunden geplant bzw. bis heute effektiv geleistet wurden in den verschiedenen Teilprojekten. Gemäss der eingegangenen Antwort sind im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Verwaltung ca. 1800 Stunden geleistet worden. Wie sich im Gespräch ergab, mussten und müssen viele dieser Stunden zusätzlich zum täglichen Geschäft bewältigt werden. Die GPK ist hier ganz klar der Meinung, dass man bei diesem Ausmass von einer ungenügenden Planung in der Projekt Erarbeitung ausgehen muss. Diese zusätzliche Belastung führt zu erheblichen Überstunden, aber auch zu Überarbeitung und krankheitsbedingten Ausfällen. Ebenso sieht die GPK das Problem, dass Arbeiten liegen bleiben, die man zeitnah und ordentlich hätte bearbeiten sollen. Auch die in der Rechnung ausgewiesene Anzahl von Überstunden, von der im vorigen Traktandum die Rede war, zeigt, dass die Befürchtungen der GPK zu treffen. Das Problem ist, dass anfallende Überstunden irgendwann zurückerstattet werden müssen, was

spätestens dann dazu führen wird, dass bestimmte reguläre Arbeiten nicht mehr ordnungsgemäss ausgeführt werden können. Dies erachtete die GPK als ungenügend bei der Projektbearbeitung.

Resolution zum Flugverkehr: Der Gemeinderat verzichtet darauf, die Resolution im Geschäftsbericht zu nennen. Der zuständige Gemeinderat Philippe Hofmann hat das damit begründet, dass die Resolution an den Regierungsrat Basel-Landschaft gerichtet ist. Das trifft formal absolut zu. Dennoch ist die GPK Meinung, dass man auf diese Resolution im Geschäftsbericht hätte hinweisen können als ein wichtiges Zeichen, gerade weil die Gemeinde sonst wenige Möglichkeiten hat, sich auf kommunaler Ebene gegen den Fluglärm zu wehren.

Gedankenaustausch mit Gemeinden: Der Gemeinderat trifft sich jährlich mit den Gemeinderäten von Schönenbuch, Oberwil und Binningen. Auch mit der Kernstadt Basel findet regelmässige Informationsanlässe statt, bei welchen aber auch andere Gemeinden aus dem Kanton Basel-Landschaft beteiligt sind. Die GPK ist der Meinung, dass der Gemeinderat Allschwil proaktiv auf die Stadt Basel zugehen könnte. Auch wenn es sich um einen anderen Kanton handelt, teilen wir doch auf die gleichen Probleme, Sorgen und Entwicklungen. Wie Basel-Stadt dies aufnehmen würde, kann man nicht sagen und auch nicht beeinflussen; dennoch sieht es die GPK als Fehler an, solche aktiven Kontaktnamen zu unterlassen.

Als Fazit bleibt zu sagen, dass die GPK den Geschäftsbericht insgesamt als sehr gut erachtet. Uns ist auch aufgefallen, dass die Umstellung der Führungsstruktur und die Neuverteilung der Zuständigkeiten zwischen Gemeinderat und neuer Geschäftsleitung, soweit ersichtlich, grossmehrheitlich hervorragend gelöst wurde. Wir hatten Befürchtungen hinsichtlich möglicher Doppelspurigkeiten, die sich jedoch nicht erfüllt haben. Wir hoffen, dass der Geschäftsbericht sich weiter in die neue Richtung entwickeln wird, so wie ja auch die Umstrukturierung noch nicht komplett abgeschlossen ist. Wenn sich der Geschäftsbericht so weiter entwickelt, wie sich das im aktuellen Exemplar abzeichnet, ist die GPK guter Dinge, und wir freuen uns sehr, wenn wir dann den Geschäftsbericht 2018 bearbeiten dürfen. Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Mitarbeit, ebenso allen Kommissionsmitgliedern, die in einer kurzen und intensiven Zeit sehr viel Arbeit geleistet haben.

**Roman Klausner**, Gemeinderat: Ich möchte kurz etwas sagen zum Thema Ferien, Gleitzeit Überstunden etc., das jetzt zweimal angeklungen ist. Ich finde es gut, dass darauf geachtet wird, dass von den Mitarbeitenden in der Verwaltung nichts gefordert wird, was ungerecht ist. Die Mehrbelastung konzentriert sich im Wesentlichen auf zwei Bereiche, nämlich auf die, wo zwei frühere Hauptabteilungen zusammengelegt wurden, also Hoch- und Tiefbau sowie SID und Personal, wobei es im einen Fall noch einen neuen Bereichsleiter gab. Hier hatten wir zum Teil beträchtliche Mehrbelastungen, aber wir wissen auch, dass sich dies im Laufe der Zeit wieder ausgleichen wird.

**Simon Maurer**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich würde gerne noch zwei, drei Ausführungen machen zum Thema Projekt EVA (Entwicklung Verwaltung Allschwil). Die GPK hat insbesondere moniert, dass viele der zusätzlichen Arbeitsstunden von den Mitarbeitenden neben dem Alltagsgeschäft hätten erledigt werden müssen. Der Vorwurf heisst ungenügende Planung. Diesen muss ich natürlich zurückweisen. Ich möchte dies anhand einiger Folien erläutern. *[Folien werden aufgelegt]* Das Projekt EVA wurde Mitte 2017 initiiert, Grundlage war das Projekt «Zukunft Allschwil» und damit die Reorganisation der Verwaltung wie vorhin beschrieben. Dem Gemeinderat war zum Zeitpunkt Anfang Juli 2017 klar bewusst, dass mit dem Startschuss erst der Rohbau des neuen Hauses steht. Das haben wir bei der Verwaltung auch immer so kommuniziert. Der Innenausbau muss jetzt noch gestaltet werden. Für diesen Innenausbau hat der Gemeinderat wie ersichtlich Stellenprozente bzw. Ressourcen freigestellt: 60% interne und 20% externe Projektleitungsressourcen. In einer ersten Phase hat man dann den Umfang des Projekts definiert, die Ziele der Teilprojekte ausgearbeitet, Teilprojektaufträge formuliert und die Projektorganisation definiert. Das ist ein übliches Vorgehen, wenn man ein Projekt startet. Es wurde sichergestellt, dass alle Anspruchsgruppen im Steuerungsausschuss vertreten waren und sind: die Mitarbeitende über die Vertretung des Mitarbeitendenrates, der Gemeinderat durch mich und Christoph Morat, und die Geschäftsleitung durch Patrick Dill und Adrian Landmesser. Ab Mitte September 2017 trat das Projekt dann in die Umsetzungsphase. Grundlage für die Initialisierung der einzelnen Teilprojekte war jeweils die Verabschiedung der Teilprojektaufträge durch den Steuerungsausschuss. Ganz wichtig ist, dass die Teilprojektaufträge, neben einem detaillierten Zeitplan, auch die benötigten Personalressourcen enthielten. D.h., dem Steuerungsausschuss war bewusst, welche Personalressourcen für die



Teilprojekte benötigt werden. Seit September 2017 haben sechs Sitzungen des Steuerungsausschusses stattgefunden; die nächste ist auf den 19. Juni festgesetzt. Im Rahmen dieser Steuerungsausschusssitzungen wurde jeweils über den aktuellen Projektstand informiert und man hat allfällige Abweichungen besprochen, ebenso hat man die Handlungsmassnahmen definiert. Der Gemeinderat als übergeordnetes Organ hat dieses Projektmanagement als sehr gut angesehen. Aber es ist so, dass dieses Projekt eine Herausforderung ist und schräg im operativen Bereich liegt. Aber das ist bei jedem Projekt so, dass neben dem Alltagsgeschäft erledigt werden muss. Die Belastung aus dem Projekt beschränkt sich aber auf relativ wenige Personen. Wo möglich und nötig sind auch externe Ressourcen beigezogen worden. Es gibt eine Zusammenarbeit mit dem externen Projektmanager Christoph Biedermann & Partner, und auch das IAP Basel steht uns zur Seite. Die von der GPK erwähnten Ressourcen von 1'800 Stunden machen auf ein Jahr hochgerechnet eine Vollzeitstelle aus, wobei diese Stunden zum grössten Teil durch die speziell bereitgestellten Ressourcen, also die erwähnten 80 Stellenprozent, erbracht wurden. Nur ein kleiner Teil hat also Mitarbeitende neben dem Alltagsgeschäft belastet. Wichtig ist in dem Zusammenhang vielleicht auch noch zu erwähnen, dass es keine Zunahme von Krankheitstage gab. Das Projekt fordert, aber es überfordert nicht. Auch der von Roman Klauser erwähnte Ferien- und Gleitzeitbestand per Ende 2017 liegt durchaus im Rahmen, wie er etwa in den meisten Departementen in Basel gegeben ist. Vielleicht noch ein Wort zur grossen Belastung innerhalb der Geschäftsleitung, die Roman Klauser ebenfalls ansprach. Wichtig ist, darauf hinzuweisen, dass diese Belastung hauptsächlich auf andere Gründe als das Projekt EVA zurückzuführen ist, und zwar geht es hier um die Einarbeitung verschiedener Eintritte. Wie Sie wissen, sind wir mit wenigen bestehenden Bereichsleitern gestartet, wir hatten mehrere neue Eintritte, die sich zunächst einarbeiten bzw. neue Verantwortung übernehmen mussten, was wiederum Ressourcen gebunden hat.

Ich denke also, die Planung war korrekt und das Projekt ist auf gutem Weg.

#### *Allgemeine Beratung*

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Wenn die Projekte alle durchgeplant sind, dann würde ich gerne wissen, wie viele Stunden dann noch für das Teilprojekt Controlling und internes Kontrollsystem vorgesehen sind, das in den Antworten, die die Geschäftsprüfungskommission erhalten hat, noch nichts enthalten ist.

**Patrick Dill**, Leiter Gemeindeverwaltung: Ich habe hier den Projektauftrag für das Teilprojekt Controlling. Aus der Projektgruppe ist Jesse van Rijswijk mit 16 Stunden pro Woche eingeplant, Joe Hammel noch für zwei Monate mit etwa 4 Stunden pro Woche. Dazu kommen verschiedene Mitarbeiter, Carolle Erb mit 20%, also 8 Stunden pro Woche. Dann Jean-Claude Baumann über alles hinweg mit 80 Stunden, Martin Nägeli 40 Stunden, meine Wenigkeit 20 Stunden, Frau Nüssli 20 Stunden, Franz Vogt 20 Stunden, Roman Klauser 20 Stunden und jeweils die Bereichsleiter auch 20 Stunden. So ist es in dem Projektauftrag einzeln aufgelistet.

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion haben den Geschäftsbericht 2017 wohlwollend zur Kenntnis genommen. Der Bericht gibt eine gute, informative Zusammenfassung über die geleistete Arbeit im 2017, zum Beispiel über die Einwohnerratsgeschäfte oder über die Arbeit des Gemeinderats. Ebenfalls zeigt der Bericht auf, welche langfristigen Projekte noch offen sind, und man merkt, dass diese mehr als ein Jahr und vermutlich auch noch viel Geduld beanspruchen werden. Als erfreulich haben wir ebenfalls zur Kenntnis genommen, dass die neue Geschäftsleitung zusammengewachsen ist und gut zusammenarbeiten kann. Dass die Umsetzung von EVA zwei bis drei Jahre beanspruchen kann, erstaunt uns nicht. Es ist aber wichtig, dass die Umsetzung des Projekts weiterhin stetig vorwärts geht. Sodann haben wir die Berichte der Gemeinderäte etwas näher unter die Lupe genommen. Klar ist, dass es für sie das erste Mal ist, dass sie ausgehend von der neuen Organisationsform berichten müssen. Dennoch stellen wir fest, dass uns die Präsentation der Strategiearbeit fehlt. Wir würden uns für nächstes Jahr wünschen, dass etliche Gemeinderäte generell etwas mehr Text schreiben und ihr Statement informativer gestalten. Sie dürfen die zwei ihnen zur Verfügung stehenden Seiten durchaus nutzen. Wir wünschen uns zum Beispiel eine To do-Liste bezüglich der einzelnen Ressorts sowie Angaben dazu, warum man was erreicht hat oder eben auch nicht. Sodann würden wir uns auch – was wir ebenfalls als Bestandteil von Strategiearbeit empfinden – einen ausführlichen Ausblick ins nächste Jahr wünschen. Es geht ja nur um strategische statt um operative Arbeit. Um zu illustrieren, was wir uns vorstellen, verweisen wir beispielhaft auf die Berichte der Geschäftsleitung, S. 32-35, der Sozialhilfebehörde, S. 70/71 sowie des Schulrats Musikschule, S. 68/69.

Zum Bericht der GPK möchten wir anmerken: Der Lesefluss des Berichts hat sich wesentlich verbessert. Wir stellen fest, dass nur noch die wichtigsten Themen erwähnt werden, sprich, es werden Schwerpunkte gesetzt. Das hat uns gefreut. Wir finden es auch sehr sinnvoll, dass man neu diesen Fragenkatalog separat zum Bericht erstellt, der nun als fundierte Basis zum Bericht zur Verfügung steht.

**Julia Gosteli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich stehe natürlich hinter dem Bericht, den Florian Spiegel geschrieben hat. Ich möchte an dieser Stelle auch der ganzen Kommission danken für die gute Zusammenarbeit. Was ich persönlich schwierig gefunden habe, war die Terminierung des Ablaufs. Die Antworten auf unsere Fragen kamen zum Teil extrem kurzfristig, sodass wir oft fast keine Zeit hatten, uns damit zu beschäftigen, zumal wir ja alle auch noch anderes zu tun haben. Für nächstes Jahr wünsche ich mir das ein bisschen anders.

**Florian Spiegel**, Präsident der Geschäftsprüfungskommission: Ich möchte zum Votum von Rahel Balsiger anfügen: Es freut uns sehr, wenn euch der Lesefluss jetzt besser gefällt. Zum Wunsch nach Darstellung von Strategie und Ausblick möchte ich sagen, dass ein Geschäftsbericht sich definitionsgemäss immer mit dem zurückliegenden Jahr beschäftigt. Falls für die Zukunft gewünscht sein sollte, dass der Geschäftsbericht sich auch mit Strategie und Ausblick beschäftigt, so müsste man dies meines Erachtens vorgängig im Rat diskutieren.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Auch die SVP-Fraktion hat den Geschäftsbericht gelesen. Wir haben ihn wohlwollend zur Kenntnis genommen. Wir finden die neue Art, wie die GPK prüft und berichtet, sehr gut, informativ und aufschlussreich. Der Geschäftsbericht ist um einiges besser als in den Vorjahren, auch wenn es noch weiteres Verbesserungspotenzial gibt. Ich habe noch eine Bemerkung. Wie man lesen konnte, hat es noch viele offene Vorstösse. Was mich ein bisschen erstaunt ist, dass man im Frühling eine Sitzung ausfallen liess, und jetzt, im Juni, wissen wir bald nicht mehr, wie wir das alles bewältigen sollen. Es wäre doch schön, wenn man die Vorstösse ein bisschen schneller bearbeiten würde. Wenn sie bearbeitet wurden und es noch nicht auf die Traktandenliste schaffen, sind die Bearbeitungen jedenfalls vorhanden, und man kann sie traktandieren, falls es einmal eine Sitzung gibt, die nicht auch so schon überfüllt ist.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe mich ja in der Vergangenheit einmal sehr kritisch über den Geschäftsbericht geäußert, sowohl vom Inhalt her, aber auch was die Form betrifft, er war mir viel zu lang. Jetzt finde ich diesen Bericht ganz toll. Das ist eine wesentliche Steigerung. Was mich aber ganz besonders freut, ist, dass der Geschäftsbericht indirekt ein Bild darüber gibt, dass die Reorganisation auf einem guten Weg ist. Sie macht Sinn und wird vernünftig umgesetzt.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich habe noch eine Zusatzbemerkung zu den von Simon Zimmermann erwähnten offenen Geschäften. Wir haben heute noch eine kleine Anfrage eingebracht, in der es um genau zwei solche Geschäfte geht, zwei Interpellationen, die seit über zwei Jahren hängig sind. Im Geschäftsreglement ist ja bestimmt, dass offene Postulate und Interpellationen im Geschäftsbericht aufgeführt werden müssen. Ich möchte anregen, dass man auch offene Interpellationen, die schon geraume Zeit, also zum Beispiel mehr als ein halbes Jahr, offen sind, zusätzlich erwähnt und angibt, was der kurzfristigen Beantwortung entgegensteht.

**Simon Maurer**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur abschnittswisen Beratung. Ich übergebe das Wort an den zweiten Vizepräsidenten.

#### *Detailberatung*

#### Einwohnerratsgeschäfte, S. 5-10

keine Wortmeldung

#### Volksbegehren, S. 11

keine Wortmeldung

Gemeinderat, S. 13-27

keine Wortmeldung

Leitbild «Zukunft Allschwil», S. 28-29

keine Wortmeldung

Vernehmlassungen, S. 30

keine Wortmeldung

Geschäftsleitung Gemeindeverwaltung, S. 32-35

keine Wortmeldung

Bereiche, S. 36-62

keine Wortmeldung

Stellenetat, S. 63

keine Wortmeldung

Anträge, S. 64

keine Wortmeldung

Allschwil in Zahlen, S. 65

keine Wortmeldung

Schulrat Kindergarten und Primarschule, S. 66-67

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Wir haben den Bericht der Primarschule und des Kindergartens sehr gut gefunden. Einen Punkt möchte ich präzisieren. Es heisst dort: «Die DAZ- und ISF-Stunden werden durch die vielen Fremdsprachenschüler ständig mehr.» ISF ist integrative Schulung und hat mit Fremdsprache nichts zu tun und sollte daher in Zukunft nicht unter dieser Rubrik erwähnt werden.

Schulrat Musikschule, S. 68-69

keine Wortmeldung

Sozialhilfebehörde, S. 70-71

keine Wortmeldung

Wahlbüro, S. 72-74

keine Wortmeldung

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: An der letzten Einwohnerratssitzung haben wir uns über den Fluglärm ausgesprochen. Ich hatte namens der SP-Fraktion die Bitte an den Gemeinderat ausgesprochen, dass er an der jetzigen Juni-Sitzung ein Zwischenfazit seiner Aktivitäten der letzten 15 Jahre in Sachen Fluglärm darlegen möge. Muss ich dazu ausdrücklich einladen oder kommt das noch?

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Ich hatte in Aussicht gestellt, dass wir das wenn möglich tun wollten. Wir haben einiges eruiert und zusammengetragen. Leider hat es nicht gereicht, die Ergebnisse heute in einer vernünftigen Form präsentieren zu können; sonst wäre dies bereits im Info-Fenster geschehen. Ich bitte um Verständnis, dass es sich nun auf nach den Ferien verschiebt.

**Simon Maurer**, Präsident: Ich stelle fest, dass die Beratungen über das Geschäft 4369/A abgeschlossen sind. Wir kommen zuerst zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderats, anschliessend über die der GPK.

#### *Abstimmung*

##### Antrag des Gemeinderats:

1. Der Gemeinderat beantragt, die Geschäftsberichte 2017 zur Kenntnis zu nehmen.

**://:**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

##### Anträge der GPK. S. 2 und 3 des GPK-Berichts:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die GPK zu beschliessen:

1. Die Geschäftsberichte des Gemeinderates, der Schulräte, der Sozialhilfebehörde und des Wahlbüros werden zur Kenntnis genommen.

**://:**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Vom Bericht der GPK betreffend die Prüfung der Geschäftsberichte 2017 wird Kenntnis genommen.

**://:**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

#### *Schlussabstimmung*

**://:**

Das Geschäft wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

#### **Traktandum 7**

Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 22.04.2018,  
betreffend Tätigkeitsbericht 2017

Geschäftsvertretung: GPK-Präsident Florian Spiegel, Geschäft 4381

---

**Florian Spiegel**, Präsident der Geschäftsprüfungskommission: Die GPK überprüft generell Leistungen, Leistungsvereinbarungen, Prozesse und Abläufe. Das soll uns aber nicht daran hindern, auch unsere eigenen Abläufe und Prozesse kritisch zu hinterfragen. Das haben wir uns dieses Jahr vorgenommen und auch durchgeführt. Dazu haben wir geschaut, was genau in § 22 des Geschäftsreglements steht. Dabei ist uns als erstes aufgefallen, dass man bei unserer Arbeit nicht von einem «Rechenschaftsbericht» schreibt, wie wir das jahrelang getan haben. Denn schlussendlich

---

geben wir ja keine Rechenschaft über die Arbeit der Verwaltung und des Gemeinderats ab, sondern wir müssen einen Tätigkeitsbericht darüber erstellen, was wir im vergangenen Jahr erarbeitet haben. Wie einige, die schon länger dabei sind, wissen, hat die GPK bis jetzt immer ab dem ersten bis ins zweite Quartal über sämtliche Bereiche der Gemeinde Fragen zusammengestellt und diese der Gemeindeverwaltung unterbreitet, die sie dann beantwortet hat. Wir haben sie gelesen, gegebenenfalls Anschlussfragen gestellt, und am Ende dieses Prozederes hat man sich mit dem Gemeindeverwalter und der Gemeindepräsidentin getroffen und die noch offenen Punkte geklärt. Wir kamen nun zum Schluss, dass es eigentlich unsinnig ist, dass wir Themen herauspicken, von denen wir der Meinung sind, man müsste sie wieder einmal anschauen, und dann Fragen dazu stellen, dies in einer strengen Zeit, in welcher Gemeindeverwaltungen Gemeinderat bereits durch die Vorbereitung der Rechnung wie auch des Geschäftsberichts bereits stark belastet sind. Dies ist nicht zielführend, weil wir ja ohnehin über das ganze Jahr hinweg Dinge überprüfen, die aus dem Einwohnerrat an uns herangetragen werden oder die wir aus eigenem Ermessen für überprüfungsbedürftig halten. Es erscheint uns daher sinnvoll, dass wir künftig den Einwohnerrat in unserem Tätigkeitsbericht darüber informieren, welche Aktivitäten wir entfaltet haben. Bei grösseren Geschäften oder Anliegen erhält der Einwohnerrat von uns ja ohnehin einen speziellen Bericht. Somit heisst unser Bericht also neu Tätigkeitsbericht und wird in der Form erstattet, wie er Ihnen heute vorliegt.

Folgende Tätigkeiten haben wir entfaltet: Wir haben den Rechenschaftsbericht 2016 erstellt. Dabei lag unser Hauptaugenmerk auf der Unterhaltsorganisation des neuen Schulhauses Gartenhof und auf der Kanalsanierung innerhalb der Gemeinde. Ferner stellten wir Anschlussfragen zur Tätigkeit des Wahlbüros, die schon im Rechenschaftsbericht 2015 Thema gewesen waren.

Zweitens hat die GPK im zweiten Quartal den Geschäftsbericht 2016 zuhanden des Einwohnerrates erarbeitet. Er liegt vor, sodass es sich erübrigt, hier noch einmal näher darauf einzugehen.

Grösseren Aufwand verursachte der Fall der Stiftung Tagesheime, der viele Ressourcen band und sehr komplex war. Hierzu haben Sie einen separaten Bericht (Geschäft 4329) erhalten. Die Empfehlung der GPK, die Oberaufsicht der Stiftung an die kantonale Stiftungsaufsicht abzugeben, wurde vom Gemeinderat mittlerweile umgesetzt.

Weiterhin in Arbeit ist die Überprüfung der Kanalsanierungen, die schon im Rechenschaftsbericht 2016 thematisiert wurde. Hier gibt es noch offene Fragen. Wir gehen davon aus, dass diese Angelegenheit im Laufe des Jahres abgeschlossen werden kann, wenn dann noch ein klärendes Gespräch mit der Gemeindeverwaltung stattgefunden haben wird.

Grösseres Kopfzerbrechen hatte uns das Thema Wahlbüro bereitet. Hier ist auch noch einiges offen. Im Gefolge von Unstimmigkeiten während der Auszählung zu den Gemeinderatswahlen 2016 hatten wir die Prozesse und Abläufe geprüft und einige Mängel festgestellt. Im Rechenschaftsbericht 2015 (Geschäft 4284) hatte die GPK eine Liste aufgestellt mit sämtlichen Empfehlungen an den Gemeinderat und die Verwaltung. Die Umsetzung hätte bis zum Ende der Legislatur im Sommer 2016 erfolgen sollen. Dies ist damals aus verschiedenen Gründen unterblieben; wir konnten nachvollziehen, dass dies aus Zeitgründen auch fast nicht möglich war. Wir hatten ein Jahr später, im Sommer 2017, erneut angefragt, wo die Unterlagen bleiben. Jetzt sind wir im Sommer 2018. Bis zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Berichts hatten wir das geforderte Konzept nicht, ebenso wenig die Ordner des Wahlbüros. Die GPK hat mehrmals an mehreren Orten nachgefragt. Die GPK sieht sich daher veranlasst, dieses Verhalten zu rügen, ebenso das Versäumnis des Gemeindepräsidiums, welches in diesem Geschäft die Aufsicht trägt. Wir sind weiterhin an der Sache dran, und es wird hierzu einen separaten Bericht geben.

Am Schluss bleibt mir zu sagen, dass ich sowohl der Verwaltung wie dem Gemeinderat für die Beantwortung der gestellten Fragen danke. Generell danke ich meinen Kommissionkollegen für die Arbeit im vergangenen Jahr, die zum Teil sehr aufwendig ist, und die alle mit grossem Einsatz leisten. So macht die Arbeit in der Kommission auch Spass, und so ist sie auch zielführend und dem ganzen Rat dienlich.

**Simon Maurer**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

#### *Allgemeine Beratung*

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion begrüsst auch hier die neue Form des Berichts und die neue Vorgehensweise der Kommission. Der Bericht ist jetzt einfacher zu lesen. Es ist

richtig, sich auf die Schwerpunkte zu konzentrieren. – Ich habe noch eine Anmerkung zum Thema Wahlbüro. Ich bin darauf angesprochen und gefragt worden. Der Bericht, der ja öffentlich ist, hat bei Wahlbüromitgliedern die Frage aufgeworfen, ob sie eigentlich immer noch alles falsch machen. Ich habe geantwortet, dass es nicht um die Arbeit der Leute im Wahlbüro an und für sich geht, sondern es geht um die Schnittstellenproblematik zwischen Wahlbüro-Präsidium und der Oberaufsicht.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich kann alle beruhigen. Das Wahlbüro und seine Mitglieder machen einen hervorragenden Job. Insbesondere das Präsidium des jetzigen Wahlbüros macht einen super Job. Die Auflage, die das Wahlbüro hatte – einen Wahlbüro-Ordner zusammenzustellen – wurde, das trifft zu, über mich weitergegeben. Ich habe mich mit Tobias Schläpfer zusammengesetzt und mit ihm zusammen diesen Übergabeordner erstellt, in welchem sich das Pflichtenheft und verschiedene weitere Unterlagen befinden, damit jedes Mitglied des Wahlbüros weiss, was seine Aufgaben sind und welche die gesetzlichen Grundlagen sind. Der Ordner wurde redigiert und intern vom Juristen geprüft. Der Ordner war fertig im Sommer 2017. Bis er dann letzten Endes vom Vizepräsidenten unterschrieben wurde, war es November 2017. Seither liegt der Ordner vor. Wenn jetzt der GPK-Präsident sagt, bis zur Erstellung seines Berichts am 22.4.2018 habe er diesen Ordner nicht gesehen, dann stimmt das einfach nicht. Christoph Krebs hat ihm per Mail am 13.4.2018 mitgeteilt: «Im Anhang erhalten Sie den gewünschten Ordner des Wahlbüros.» Das heisst, der Ordner liegt jetzt vor und auch der GPK-Präsident hatte ihn in Händen oder zumindest auf seinem Mail, bevor er seinen Bericht geschrieben hat. Und wenn jetzt von einer «Schnittstellenproblematik» zwischen dem Wahlbüro-Präsidium und mir die Rede ist, dann sehe ich persönlich das nicht. Wenn die GPK diesen Ordner einsehen will, kann sie formell beim Wahlbüro anfragen, und dann bekommt sie ihn auch ganz formell ausgehändigt und kann ihn dann auch prüfen. Das ist alles kein Problem. Ich weiss nicht, um was es hier in Wirklichkeit geht – aber sicher nicht um ein Problem, das wirklich eins ist. Die Arbeit, die moniert wurde, ist erledigt.

**Melina Schellenberg**, SP-Fraktion: Unsere Fraktion dankt der GPK für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit. Das neue Format des Berichts kommt wesentlich näher an einen Rechenschaft- bzw. Tätigkeitsbericht heran, als der Fragen- und Antworten-Katalog, den es in den letzten Jahren gab. Daher danke ich an dieser Stelle auch der FDP für den Input vom vergangenen Jahr und natürlich der GPK für die gute Umsetzung. Der Bericht ist gut zu lesen und man ist toll informiert. Es ist erkennbar, dass sehr viel Arbeit geleistet wurde. Die SP-Fraktion nimmt aber auch aufhorchend zur Kenntnis, dass die Untersuchungen zum Wahlbüro immer noch nicht abgeschlossen sind. Daher unser Appell an den Gemeinderat und die GPK, dieses Geschäft in diesem Jahr zum Abschluss zu bringen.

**Florian Spiegel**, Präsident der Geschäftsprüfungskommission: Es ist auch unser Ziel, dieses Thema noch in diesem Jahr abschliessen zu können. Ich möchte aber trotzdem nochmals ganz klar festhalten: Vom Zeitablauf her trifft zu, dass wir Anfang April, kurz vor dem Abschluss der Lesung des Berichts eine Variante erhalten haben als Dateiodner. Wir haben bis heute keine offiziell unterschriebene Variante erhalten. Und aus den E-Mail-Verläufen lässt sich auch ganz klar herauslesen, dass die Ordner noch nicht so komplett, wie sie hätten sein sollen, an allen Orten standen. Und was auch ganz klar festgehalten werden muss: Bis zum heutigen Datum ist kein Übergabekonzept vorhanden, weder bei der Gemeindepräsidentin noch bei Frau Walter. Da muss ich die Arbeit der GPK doch in Schutz nehmen und monieren, dass das, was gesagt wurde, nicht in allen Teilen korrekt ist. Wenn man es als Ganzes ansieht, sind nicht alle Arbeiten komplett abgeschlossen.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich möchte auch noch rasch ergänzen: Unterschrieben wurden die Ordner von uns, dem gesamten Vorstand, im Februar 2018. Dann wurden sie ergänzt und abgegeben. Es ist nicht in meiner Kompetenz, offiziell dazu Stellung zu nehmen, aber ich sitze hier als zweiter Vizepräsident und möchte einfach nochmals festhalten: Die Ordner wurden im Februar 2018 unterschrieben und sind seither vorhanden.

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Wir stellen fest, dass der Lesefluss des Tätigkeitsberichts besser geworden ist und man sich auf die wichtigsten Themen konzentriert und Schwerpunkte gesetzt hat. Fragwürdig finden wir das Kapitel 2.5 zum Thema Wahlbüro. Der Bericht geht hier zurück in die Jahre 2015 und 2016, aber eigentlich geht es darum, was im Jahr 2017 gelaufen ist. Es war bisher nicht üblich, so weit in die Vergangenheit zurückzugehen; es fragt sich, warum das jetzt geschieht. Gemäss unserem Kenntnisstand waren die Ordner vorhanden, bevor man den Tätigkeitsbericht geschrieben hat. Da stellen wir uns auch die Frage, wo das Kommunikationsproblem liegt. Unseres Wissens gibt es ein GPK-Mitglied, das gleichzeitig im Wahlbüro aktiv ist: Miteinander reden wäre hier wahrscheinlich der Punkt, auf den es ankäme. Die Frage ist, warum man so darauf pocht, dass dies

über das Gemeindepräsidium laufen muss. Warum kann man sich nicht direkt an Tobias Schläpfer wenden? Von ihm weiss ich, dass er einen guten Job macht.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich muss Florian Spiegel doch noch ein wenig Schützenhilfe geben. Es handelt sich um ein offenes Geschäft, Rahel Balsiger. In einem Tätigkeitsbericht ist ein offenes Geschäft als solches aufzuführen. Der Bericht bezieht sich auf das Jahr 2017, und bis Ende 2017 hatten wir die Unterlagen nicht. Auch muss man aufpassen: In der GPK sitzen zwei Mitglieder des Wahlbüros, aber die halten sich ganz klar aus dieser Affäre heraus. Ich werde nicht bei den Gesprächen dabei sein. Das soll von Präsidium zu Präsidium laufen. Ich lege auch Rolf ans Herz, dass wir beide uns aus dieser Debatte heraushalten. Es ist auch richtig, dass inzwischen beide eingeladen sind, Tobias Schläpfer und Nicole Nüssli, beide haben eine Verantwortung. Das Wahlbüro funktioniert gut. Es geht einfach um diese Informationen, die bis Dezember 2017 nicht vorhanden waren, darum wurde diese Formulierung gewählt.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich möchte das Thema nicht unnötig in die Länge ziehen. Aber wichtig ist einfach eines: Wenn das noch ein offenes Geschäft ist, dann ist es ein offenes Geschäft des Wahlbüros und nicht der Aufsichtsinstanz. Die Aufsichtsinstanz hat da primär keine Aufgabe. Wenn die GPK der Ansicht ist, dass der Ordner noch fehlt und das Geschäft noch offen ist, dann muss sie das beim Wahlbüro direkt einfordern. Erst wenn das Wahlbüro sich weigern würde, so einen Ordner zu erstellen oder die Unterlagen bereitzustellen, käme die Aufsichtsinstanz zum Zuge. Darum denke ich, dass die Rüge an das Gemeindepräsidium einfach falsch ist.

**Rolf Adam**, CVP-Fraktion: Ich muss Etienne korrigieren: Philippe Adam ist im Wahlbüro, ich nicht mehr. Also muss ich auch nicht mehr in Ausstand treten. Nur dass es richtig protokolliert ist.

**Simon Maurer**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich eine abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht ist. – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass die Beratungen über das Geschäft 4381 abgeschlossen sind. Wir kommen zur Abstimmung.

#### *Abstimmung*

#### Antrag der Geschäftsprüfungskommission:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die GPK zu beschliessen:

1. Vom Tätigkeitsbericht der GPK wird Kenntnis genommen

**://:**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

#### *Schlussabstimmung*

**://:**

Das Geschäft wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

**Simon Maurer**, Präsident: Es ist jetzt 21:40 Uhr. Ich wage es, Traktandum acht noch in Angriff zu nehmen.

01.030

Einwohnerrat

#### **Traktandum 8**

Bericht des Gemeinderates, vom 21.03.2018, sowie der Bericht der Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales, vom 28.05.2018, betreffend Reglement zur Ausrichtung von Zusatzbeiträgen zu den Ergänzungsleistungen, 1. Lesung  
Geschäftsvertretung: GR Roman Klauser, Geschäft 4364 / A

---

**Roman Klauser**, Gemeinderat: Es handelt sich um ein Geschäft, das in der Vorbereitung sehr viel Zeit benötigt hat. *[Folien werden aufgelegt]* Der Kanton hat neu die Ergänzungsleistungen gedeckelt auf CHF 200 pro Tag für das Jahr 2018; sie sinkt in jährlichen Schritten von CHF 10, bis sie im Jahr

2021 bei CHF 170 angelangt ist. Um sich zu vergegenwärtigen, was das bedeutet, muss man sich anschauen, wie ein Pflegeplatz finanziert wird. Die Gesamtkosten werden teils von den Krankenkassen, teils von den Bewohnern und zu einem Teil von den Gemeinden getragen. Die Ergänzungsleistungen werden aus einem Fonds gezahlt, in den die Gemeinden im ganzen Kanton einzahlen. Was über die gedeckelten Ergänzungsleistungen hinausgeht, sind die sogenannten Zusatzleistungen. Diese sind neu von der jeweiligen Wohngemeinde zu übernehmen. Im Jahr 2018 betragen diese CHF 14'400 pro Jahr und betroffenem Bewohner.

In Allschwil haben wir rund 170 Personen in Pflegeheimen, davon etwa 120, die ganz auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind. Auf die Gemeinde kommen also 120 x CHF 14'400 zu. Der Betrag steigt, weil die Obergrenze, wie gesagt, bis zum Betrag von CHF 170 pro Tag sinkt. Es geht also um sehr viel Geld. Einen Teil dieser Zusatzbeiträge kann man wieder zurückverlangen. Wie viel von wem in welchen Fällen zurückverlangt werden kann, wird in dem Reglement festgelegt, das heute zur Beratung ansteht. Der Mechanismus ist juristisch ziemlich kompliziert und entsprechend schwierig ist der Text des Reglements zu lesen. Wir haben das Reglement zusammen mit den Gemeinden Binningen und Schönenbuch entworfen, mit welchen wir auch eine Versorgungsregion bilden. Binningen hat das Reglement bereits angenommen (mit Ausnahme von § 6 Abs. 3).

**Henry Vogt**, Präsident der Kommission für Bildung Kultur Gesundheit und Soziales: Zuerst bitte ich für die kleine Verspätung um Entschuldigung. Danke an Jean-Jacques Winter, der bereit gewesen wäre, kurzfristig einzuspringen. Mein Dank gilt auch Ulrich Weyermann, Bereichsleiter Soziale Dienste und Gesundheit. Er hat die Kommission geduldig darüber aufgeklärt, um was es hier geht. Gemeinderat Roman Klausner hat den Sachverhalt zutreffend wiedergegeben. Es ist eine Zusammenarbeit verschiedener Gemeinden angestrebt. Wir sind begrenzt durch das kantonale Gesetz. Das Reglement macht für uns Sinn. Wir haben so gut wie keine Änderungen vorgeschlagen. Lediglich in der Frage der Verzinsung von Rückzahlungen weichen wir vom Vorschlag des Gemeinderats ab. Ich empfehle den Rat, unsere Anträge zu unterstützen.

**Simon Maurer**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

#### *Allgemeine Beratung*

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich habe eine Anmerkung, weniger zum Geschäft als solchem, als zum Ablauf. Wenn ich es recht sehe, gibt es, ausser dem Änderungsantrag der Kommission, noch Änderungsanträge der FDP-Fraktion sowie der EVP/GLP/Grüne-Fraktion. Mich nimmt jetzt Wunder, ob diese drei Anträge noch einmal in die Kommission genommen und dort mit den Antragstellern besprochen werden, damit man sich eventuell auf eine Variante einigen kann? Oder was ist als nächster Schritt angedacht?

**Henry Vogt**, Präsident der Kommission für Bildung Kultur Gesundheit und Soziales: Wir werden beide Änderungsanträge in die Kommission hineinnehmen für die zweite Lesung. Grundsätzlich ist das Geschäft in der Kommission schon besprochen.

**Simon Maurer**, Präsident: Wir bekommen also zur zweiten Lesung nochmals einen Bericht und stimmen dann in der zweiten Lesung über die Anträge ab.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Es sind zwei Anträge da, und ich bitte den Rat, diese an die Kommission zu überweisen. So können wir alles nochmals in aller Ruhe durchdenken, eventuell unseren Antrag modifizieren und dann sicher den Fraktionen entsprechend rechtzeitig Bescheid geben, damit wir dann das Geschäft in zweiter Lesung sachbezogen abschliessen können.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Wir haben in der FDP-Fraktion das Reglement angeschaut und finden, dass eine gute Arbeit gemacht worden ist. Wie Sie gesehen haben, unterstützen wir die Kommission in ihrem Antrag zu § 5. Aber der Begriff «Härtefall» ist uns zu eng gefasst. Darauf basiert unser Vorschlag. Wir haben noch eine Frage zu § 6 Abs. 2. Dort geht es darum, dass das Reglement auch angewendet werden soll auf Personen, die ab dem 1. Januar 2018 in ein Alters- oder Pflegeheim eingetreten sind. Sind diese Bewohner vor dem Eintritt darüber informiert worden?

**Roman Klausner**, Gemeinderat: Die Personen, die bis dahin die Berechnung ihrer Ergänzungsleistungen hatten, wurden informiert. Das ist aber zu sagen, dass, wer etwa ab Januar, Februar oder März eingetreten ist und Ergänzungsleistungen beantragt hat, den Bescheid über die Höhe der Ergänzungsleistungen bei Weitem noch nicht bekommen hat.



**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Zusatzfrage: Sind die Leute also auch nicht darüber informiert, dass sie möglicherweise zügeln müssen? Dies ist der Punkt, um den es uns geht.

**Roman Klauser**, Gemeinderat: Dass jemand zügeln müsste, ist jetzt eine relativ schnelle Folgerung. Wir haben weit und breit innerhalb der Versorgungsregion keine Möglichkeit, jemanden anderswo zu platzieren. Aber in Zukunft– wenn wir einen privaten Anbieter hätten, der zu ganz anderen Konditionen anbietet – könnte es durchaus passieren, dass jemand zügeln müsste.

**Barbara Grange**, SP-Fraktion: Matthias Häuptli, der die Sitzung vorzeitig verlassen musste, hat mich gebeten, noch etwas zu dem von ihm eingereichten Antrag zu sagen. Wir haben in § 7 eine Rechtsmittelfrist von zehn Tagen gegen Verfügungen der Gemeindeverwaltung oder der gemeinsam betriebenen Stelle. Als wir das Reglement besprachen, waren wir alle der Meinung, dass zehn Tage eine relativ kurze Frist ist. Sie wird in der Regel in solchen Verfahren angewendet, die aus der Sache heraus beschleunigt behandelt und sehr kurzfristig entschieden werden müssen. Um solche Verfahren geht es hier nicht. Wir hatten einstimmig gefunden, eine 30-tägige Frist wäre fairer. Dazu kommt ja noch, dass es ältere Leute betrifft, die sich oft in einer hilfsbedürftigen Situation befinden und vielleicht allgemein etwas länger brauchen, um sich zu organisieren, Hilfe zu holen etc. Wir erhielten dann die Rückmeldung, es sei gar nicht möglich, hier eine 30-tägige Frist zu setzen, weil diese zehn Tage im Gemeindegesetz vorgeschrieben seien. Herr Häuptli hat nun den Antrag gestellt, dass wir die Frist im Einklang mit dem Gemeindegesetz so belassen, dass wir aber einen Vorbescheid für die betroffenen Personen vorschalten, damit sie schon einmal Stellung nehmen können. Das ist eine Figur, die es in verschiedenen Gesetzen gibt. Ich habe den Eindruck, dass dies eine sehr gute Idee ist. Man könnte dadurch möglicherweise auch spätere Beschwerdeverfahren vorweg vermeiden. Die Betroffenen könnten anhand des Vorbescheid schon erkennen, ob wichtige Umstände eventuell nicht berücksichtigt worden sind; das könnten sie dann einbringen, und es könnte in der definitiven Verfügung berücksichtigt werden. Zudem wären die Betroffenen durch den Vorbescheid vorinformiert und könnten später dann auch besser mit der nur zehntägigen Frist umgehen. Die Idee ist also, die Betroffenen zu schützen und ihnen mehr Zeit zu verschaffen, sich mit der Problematik auseinanderzusetzen. Dies zur Erklärung für die Ratsmitglieder, die die Diskussion in der Kommission nicht mitbekommen haben.

**Roman Klauser**, Gemeinderat: Ich möchte darauf kurz Antwort geben. Es war sehr unschön, dass ich erst heute Mittag die Mitteilung auf dem Mail hatte, dass dieser Antrag von Herrn Häuptli noch kommt. Aber mein Vorschlag ist, dass Sie ihn die Kommission nehmen und diskutieren, und dass der Rat dann in zweiter Lesung darüber entscheidet.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Mein Votum erübrigt sich insofern, als ich das sagen wollte, was Barbara Grange bereits ausgeführt hat. Im Übrigen finde ich den Vorschlag von Roman Klauser gut.

**Simon Maurer**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob eine abschnittsweise Beratung des Berichts – nicht des Reglements – gewünscht ist. – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur ersten Lesung des Reglements. Ich übergebe das Wort an den zweiten Vizepräsidenten.

#### § 1 Zweck, S. 2

keine Wortmeldung

#### § 2 Geltungsbereich, S. 2

keine Wortmeldung

#### § 3 Zuständigkeit, S. 2

keine Wortmeldung

#### § 4 Begrenzung der Zusatzbeiträge, S. 2

keine Wortmeldung

§ 5 Rückzahlung von Zusatzbeiträgen, S. 2

keine Wortmeldung

§ 6 Übergangsregelung, S. 3

keine Wortmeldung

§ 7 Rechtsmittel, S. 3

keine Wortmeldung

§ 8 Vollzug, S. 3

keine Wortmeldung

§ 9 Inkrafttreten, S. 4

keine Wortmeldung

**Simon Maurer**, Präsident: Kommissionspräsident Henry Vogt hat angekündigt, dass die Anträge der FDP und der GLP in der Kommission beraten werden. Es wird zur zweiten Lesung einen Bericht darüber geben. Ich stelle fest, dass damit die erste Lesung des Geschäfts 4364 A. Die Abstimmungen über die Anträge des Gemeinderats gemäss Bericht erfolgen im Anschluss an die zweite Lesung an der September-Sitzung.

Ich danke allen für das Aussitzen am heutigen Abend und wünsche eine gute Heimfahrt. Bitte denken Sie daran, morgen die Unterlagen für die heute nicht behandelten Geschäfte mitzunehmen. Wir werden sie zwischen den einzelnen Waldgeschäften behandeln.

ENDE DER DIENSTAG-SITZUNG 22.05 UHR

\*

FORTSETZUNG AM MITTWOCH, 13.06.2018, 18.00 UHR

**Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

**[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]**

**Simon Maurer**, Präsident: Ich begrüsse alle zur letzten Sitzung vor den Sommerferien. Es sind auch heute keine dringlichen Interpellationen oder dringlichen Postulate oder Motionen eingegangen, auch sonst keine weiteren Vorstösse. Der Ablauf der heutigen Sitzung ist folgender: Wir fangen an mit der Wahl des Präsidenten. Während des Auszählens machen wir mit der Traktandenliste weiter, d.h. mit Traktandum 9. Anschliessend führen wir die Wahl des ersten Vizepräsidenten durch und behandeln während des auszeichnen Traktandum 10. Dann fahren wir mit den Wahlgeschäften fort und sind hoffentlich gegen 19:00 Uhr fertig.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 9**

Interpellation von Urs Pozivil, FDP-Fraktion, vom 15.05.2018, betreffend  
Gebührenverordnung für Allschwiler Vereine  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4394 / A

---

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Als erstes möchte ich dem Gemeinderat danken für die doch relativ schnelle Beantwortung meiner Interpellation. Die Antwort legt einige recht interessante Fakten dar. Trotz allem möchte ich schon an dieser Stelle erwähnen, dass ich nicht mit allen Antworten zufrieden bin. Die Antwort auf Frage 1 sagt schon relativ viel darüber aus, wie die Gebührenverordnung bei den Vereinen aufgenommen wird. Wenn man sieht, dass 19 Vereine die Gebühren noch nicht bezahlt haben, so spricht das eine sehr deutliche Sprache. Ich denke, das liegt nicht daran, dass eine Zahlungsfrist von sechs Monaten eingeräumt wurde, sondern dass die Vereine einfach abwarten, weil sie die Gebühren einerseits nicht verstehen und auch nicht genau wissen, was sie damit anfangen sollen. Was mich noch interessieren würde, ist, wie hoch eigentlich das Gesamttotal der gestellten Rechnungen ist. Bei der Antwort zu Frage 4 fällt auf, dass es auch schon Vereine gibt, die auf die Gebührenverordnung reagiert haben. Zum Glück gab es noch keine Vereinsauflösungen, was positiv zu bewerten ist. Dennoch merkt man, die Vereine reagieren auf die eingeführte Gebührenordnung. Wir wissen, dass die Gebührenordnung einen administrativen Aufwand voraussetzt, zum Beispiel muss man herausfinden, ob Jugendliche auf dem Trainingsgelände sind, was für Leute genau die Halle benutzen, und da ist es schade, dass man eine Liste erhält, die ohne Gewähr und nicht abschliessend ist. Denn wenn man die Gebührenverordnung richtig durchführen will, muss man ja die ganzen Sachverhalt ziemlich gründlich analysieren, um zu wissen, wer genau wie viele Gebühren zu zahlen hat. Da wäre es auch schön zu wissen, welche Vereine sich über ihren Vereinszweck hinaus für die Allgemeinheit einsetzen. Unsere Dorfvereine sind ja auch dazu da, eine wichtige Integrationsarbeit zu leisten und unser Dorfleben zu bereichern. Bei Frage 6 war nach dem finanziellen Verwaltungsaufwand gefragt, das wäre eine nackte Zahl von Lohnkosten gewesen und nicht ein Total von 172 geleisteten Stunden. Mit dieser Antwort bin ich unzufrieden, weil ich nicht weiss, wie viel die Einführung der Gebührenverordnung wirklich gekostet hat. Trotz allem ist die Auflistung gelungen und führt zu weiteren Fragen. Zum Beispiel wird erwähnt, dass Einsprachen erhoben sind, was 30 Stunden Arbeitsaufwand verursachte. Da fragt man sich, was für Vereine waren das, die Einsprache erhoben haben, und aus welchen Gründen sind sie erhoben worden und was genau steckt dahinter?

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Der ausgewiesene Aufwand von 172 Stunden kann mit einem Ansatz von CHF 45.00 pro Stunde ausgerechnet werden, das ergibt ein Total von CHF 7'740.00. Das steht im Verhältnis zu den Einnahmen, die wir für die saisonalen Gebühren verrechnet haben in Höhe von rund CHF 14'000. Dazu muss ich erklären, dass wir, wie Sie wissen, im ersten Jahr einen Drittel dieser Saisongebühren verlangt haben. Wenn wir also jetzt planmässig vorwärtsgehen würden, dann würden aus diesen CHF 14'000 im nächsten Jahr 2019 CHF 28'000 werden und im dritten Jahr 2020 CHF 45'000. Wieso sind das so ungenaue Zirka-Beträge? Das hängt gemäss der Benutzungsverordnung von der Belegung ab. Das heisst, jeder Verein zahlt nur so viel, wie er die Gebäude und Anlagen belegt. Ich möchte Ihnen noch kurz das Rechenbeispiel in Erinnerung rufen, dass sich auf eine Hallennutzung durch einen Verein mit 20 Mitgliedern bezieht. Die Gebühr beträgt hier CHF 500.00 pro Jahr, was pro Teilnehmer und pro Abend CHF 1.37 entspricht. Wenn man das auf den genannten Drittel umrechnet, handelt es sich nur noch um 45 Rappen pro Abend und Person. Mit dieser Zahl möchte ich Ihnen nur sagen: Wir sind ja den Vereinen nach den letztjährigen Gesprächen so weit entgegengekommen, dass wir die Gebühren auf das absolute Minimum gesenkt haben, sodass in der Summe die erwähnten CHF 14'000 anfallen. Und hier möchten wir die Vereine eben auch ermuntern, das Geld einzuzahlen, damit wir nach einem Jahr sehen, wie hoch die Belastung für den Verein ist, wo es Probleme gibt und wo man korrigierend eingreifen sollte. Das ist ein typisches Problem in der Ausführung, bei welchem sich der Gemeinderat selbstverständlich um jeden Einzelfall kümmern wird. Darum bin ich der Meinung – und da kann ich auch schon auf das nächste Traktandum vorgreifen – dass wir die Sache gut im Auge behalten werden und Ihnen Anfang nächsten Jahres eine Rückmeldung geben möchten, wenn wir die Zahlen beieinander haben. Im Moment ist es so, dass nur etwa ein Drittel der Vereine die Rechnungen gezahlt hat; zwei Drittel sind noch offen.

**Simon Maurer**, Präsident: Ich frage den Interpellanten an, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Ja, ich bin mit der Beantwortung schon zufrieden. Sie bestätigt aber meiner Meinung nach auch all die Befürchtungen, die die Vereine haben. Wenn von einem Drittel schon Einsprachen eingelegt wurden, wäre es utopisch anzunehmen, dass das irgendwann besser werden sollte. Darum gibt es ja auch mein nachfolgendes Postulat. Ich denke, dass man bei der Entstehung dieser Gebührenordnung nicht genau durchdacht hat, welches die Bedürfnisse der Vereine sind. Man hat sie ja auch nicht wirklich von Anfang an ins Gespräch genommen. Die Problematik wird klar und deutlich aufgezeigt. Wenn wir von CHF 14'000 reden und zwei Drittel der Vereine nicht zahlen, dann ist offensichtlich, dass die Vereine offenbar merken, dass sie irgendwann in Existenzprobleme geraten könnten. Darum danke ich für die Ausführungen; sie zeigen mir auf, dass es richtig war, das Postulat gemäss dem nächsten Traktandum zu stellen, da meiner Meinung nach eine Anpassung dieser Gebührenordnung stattfinden muss.

**Simon Maurer**, Präsident: Diskussion findet statt, sofern kein Gegenantrag gestellt wird. – Es gibt keinen Gegenantrag, somit ist die Diskussion eröffnet.

#### *Diskussion*

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich habe eine Frage an Robert Vogt hinsichtlich der Auflistung von 172 Stunden à CHF 45.00, insgesamt CHF 7'740.00. Wenn man von der Gesamtzahl der Stunden alles abzieht, was speziell mit dem Aufgleisen und erstmaligen Bearbeitung zu tun hat – also die Stunden für die Bearbeitung der Einsprachen, für die Teilnahme an Sitzungen, ebenso die 80 Stunden für telefonische Anfragen und Mails, die ja auch hiermit zusammenhängen – dann gelangt man meiner Meinung nach auf maximal 40 bis 50 Stunden und eine Gesamtsumme von ca. CHF 2000. Teilt der Gemeinderat diese Ansicht?

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Der Gemeinderat hat das abgeklärt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Facility Managements, die diese Gebühren einfordern, sagten, dass jetzt natürlich die Belastung unerhört ist. Zuvor gab es keine saisonalen Benutzungsgebühren und man erstellte nur die Verträge mit den Vereinen. Jetzt muss man die Gebühren erklären und einfordern. Das ist ein enormer Mehraufwand, von welchem der Gemeinderat annimmt, dass er einmalig ist und dass sich das einpendeln wird. Wir haben aber für nächstes Jahr wieder einen Aufwand vorgesehen, weil wir dort das Gespräch darüber suchen möchten, wie genau die Belastung innerhalb der Vereine aussieht. Darum gehen wir davon aus, dass der Gesamtaufwand erst im Jahr 2020 deutlich abnehmen wird.

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Es ist zwar plausibel, dass der administrative Aufwand in dieser Hinsicht irgendwann zurückgehen wird. Aber wenn ich die Gebührenordnung richtig verstehe, muss man doch immer genau auf jeden Sachverhalt einzeln eingehen und analysieren, welcher Schlüsseltarif eingesetzt werden muss. Es gibt ja zum Beispiel die Regelung mit den Jugendlichen unter 20 Jahren. Und wenn nun zum Beispiel ein Badminton-Training stattfindet, muss man wissen, wie viele Jugendliche dabei sind. Ich denke, da wird wieder ein erheblicher administrativer Kontrollaufwand entstehen.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Der Gemeinderat hält die Deklarationspflicht der Vereine für einen Vorteil. Dadurch haben wir die Möglichkeit, Jugendliche bis 20 Jahren zu fördern, indem für sie keine Gebühren anfallen. Bei den Erwachsenen hingegen fallen Gebühren an. Das sehen wir als Mehrwert an. Wir sagten, wenn wir Gebühren einführen, dann wollen wir die Jugend fördern, aber die Erwachsenen können sich diese Gebühren leisten.

**Simon Maurer**, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit gilt die Interpellation als beantwortet und wird als erledigt abgeschrieben.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 10**

Postulat von Urs Pozivil, FDP-Fraktion, vom 15.05.2018, betreffend  
Tarifgruppenanpassungen in der Gebührenverordnung für Allschwiler Vereine  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4395

---

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Ich möchte Ihnen noch einige Informationen dazu geben, warum der Gemeinderat sich entschlossen hat, das Postulat nicht entgegenzunehmen. Es ist so, dass wir im Jahr 2015 bereits budgetiert hatten, dass wir für das Jahr 2016 durch die Benutzungsgebühren jährlich CHF 60'000 einnehmen würden. Damals wurde im Dezember 2015 im Einwohnerrat ein Budgetpostulat zurückgezogen, das die Streichung dieser CHF 60'000 vorgesehen hatte. Weil das Postulat zurückgezogen wurde, war dies für uns, den Gemeinderat, der Auftrag, diese Gebühren zu erheben. Wir bereiteten dann im Jahr 2016 die Arbeiten vor und fällten Ende 2016 die Beschlüsse; und 2017 wurden die Gebühren erstmals eingeführt. Das, worüber wir heute reden, sind die saisonalen Gebühren, also für die Miete einer Anlage oder eines Gebäudes für die ganze Saison. Dies wurde erst zum 1. Januar 2018 eingeführt. Dabei hatten wir uns entschlossen, dies in Drittel-Stufen einzuführen, also im ersten Jahr nur zu einem Drittel, im zweiten Jahr zu zwei Dritteln und erst im dritten Jahr zu drei Dritteln – mit Bericht an den Einwohnerrat. Dem Gemeinderat war eigentlich immer klar: Die Anlagen müssen etwas kosten. Wer sie belegt, zahlt etwas dafür, auch wenn es ein bescheidener Beitrag ist. Der Gemeinderat ist sich aber der Wichtigkeit der Vereine bewusst und setzt darum jedes Jahr ca. CHF 50'000 dafür ein, um sie unter den Vereinen zu verteilen. Wir werden ja bei anderer Gelegenheit wieder über dieses Thema debattieren können. Jedenfalls ist der Gemeinderat nach wie vor der Meinung, dass es diese Förderung braucht. Wir möchten das Vereinsleben in Allschwil auf jeden Fall fördern. Aber wir sind auch der Meinung, dass wir mit unserer Benutzungsordnung und den Gebühren sogar einen Dienst erweisen. Denn bisher wurden die Anlagen auch auf Reserve reserviert. Oder kleine Gruppen von vier Leuten reservierten einen Raum, der dann für andere blockiert war. Das war für den Gemeinderat Anlass genug, im Jahr 2016 zu sagen, wir wollen eine Gebühr, aber wir wollen explizit die Jugendlichen bis 20 Jahre gratis zulassen, um bewusst diejenigen zu fördern, die in der Regel mit weniger Geld ausgestattet sind. Im Endeffekt befinden wir uns jetzt aber im ersten Jahr und stellen fest, dass jeder Verein im Mittel mit ungefähr CHF 500 pro Jahr belastet werden wird. Das ist ein Mittelwert. Bei beispielsweise 20 Mitgliedern macht das also CHF 25 pro Jahr mehr aus. Das war für uns ein bescheidener Anfang. Weniger wollten wir auf keinen Fall einsetzen, auch damit der Verwaltungsaufwand nicht den Ertrag übersteigt. Jetzt nehmen wir, wie vorhin dargelegt, theoretisch doppelt so viel ein wie der Aufwand beträgt. Das sollten wir meiner Meinung nach beibehalten. Darum hat sich der Gemeinderat entschieden, ihnen das Postulat zur Ablehnung zu empfehlen.

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Wieso wurde das Postulat von der FDP-Fraktion eingereicht? Man hat trotz allem in den letzten Wochen und Monaten gemerkt, dass die Gebührenverordnung für unsere Allschwiler Dorfvereine zu einem riesigen Gesprächsthema wurde, fast das Thema Nummer 1. Die Gebührenverordnung wurde ohne echte Rücksprache mit den Vereinen oder mit der IG Vereine erstellt. Man hat sie einfach einmal aufgestellt und nachher gab es ein Riesenchaos, man musste die Vereine einladen und ihnen erklären, worum es eigentlich geht und wie es funktionieren soll. Es wird jetzt von Bescheidenheit geredet. Ich habe aber das starke Gefühl – das ist meine persönliche Meinung – dass sehr viele Vereine jetzt Existenzängste haben. Es kann doch nicht sein, dass, wenn man durchs Dorf läuft, und einen jeder zweite danach fragt, was es mit diesen Gebühren auf sich hat, und wenn von Erhöhung der Mitgliederbeiträge die Rede ist oder von Mitgliederschwund, und wenn gefragt wird, ob denn die Arbeit der Vereine überhaupt nicht anerkannt wird. Alle solche Fragen muss man beantworten. Ich denke, es geht jetzt wirklich nicht darum, dass man sich an den Vereinen durch diese Gebührenordnung in irgendeiner Hinsicht bereichert. Dazu muss man wiederum sagen – es wurde vorhin erwähnt und wird sicher wieder zur Sprache kommen – dass die Gemeinde ja auch Subventionen zahlt in Höhe von CHF 50'000. Aber auf der anderen Seite erhebt man wieder Gebühren. Aber für das Eintreiben der Gebühren entsteht ein Aufwand. Man gibt aber die Gebühren auf der anderen Seite in Form von Subventionen wieder zurück. Könnte man nicht die Gebührenordnung anderweitig anpassen, und zwar so, dass der Aufwand für das Eintreiben der Gebühren gar nicht mehr entsteht? Darum unser Antrag auf eine Anpassung der Gebührenordnung, wobei es um die regelmässige Nutzung geht, nicht um einzelne Events. Aber für die regelmässige Nutzung sollen die Allschwiler Vereine in Tarifgruppe 0 kommen, sodass sie keine Gebühren zahlen müssen.

**Beatrice Stierli**, CVP-Fraktion: Auch bei uns ist das Thema diskutiert worden, ich habe sogar das Gefühl, es sei das Thema, welches wir zeitlich am meisten diskutiert haben. Wir haben uns auch mit der IG Vereine zusammengesetzt. Wir haben Pro und Contra eingehend abgewogen. Wir sind uns nicht ganz einig, aber wir sind für Überweisen des Postulats, weil wir denken, dass das Vereinsleben etwas ganz Wichtiges ist. Und wie wir vorhin bei der Beantwortung der Interpellation gehört haben handelt es sich wirklich um einen kleinen Betrag, der hereinkommt, aber aus unserer Sicht einen relativ grossen Aufwand erfordert.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Bevor ich inhaltlich auf das Postulat eingehe, möchte ich folgende Frage nochmals aufgreifen: Wieso hat sich der Gemeinderat für eine Benutzungsordnung entschieden mit Gebühren, die auch Allschwiler Vereine trifft? Vielleicht erinnert sich der eine oder andere noch daran, dies war die erste Frage in der dringlichen Interpellationen der FDP-Fraktion an der März-Sitzung 2017. Die mündliche Antwort des Gemeinderats hatte zwei Argumentationslinien. Erstens: Das Anliegen war aus dem Einwohnerrat heraus vorgetragen worden. Zweitens: Aufgrund der neu erstellten Infrastruktur hat sich der Gemeinderat innerhalb seines legitimen Kompetenzbereichs schlicht und einfach dazu entschieden. Gerade heute haben wir wieder das Argument hinsichtlich des zurückgezogenen Budgetpostulats gehört. Darum möchte ich gerne auf das Argument eingehen, dass der Input für die Gebührenordnung aus dem Einwohnerrat an den Gemeinderat herangetragen worden sei. Ich zitiere aus der Antwort des Gemeinderats aus der angesprochenen Interpellation: «Dies geht zurück auf einen Input des Einwohnerrates bei der Leistungsüberprüfung, soweit ich mich erinnere aus dem Jahre 2013, sowie beim Budget 2016. Das war in der legendären Sitzung vom Dezember 2015, als der Einwohnerrat CHF 22'000 im Budget stehen liess. Es hatte einen Antrag auf Streichung vorgelegen, der jedoch zurückgezogen wurde.» Nach der Aussage des Gemeinderats ist also der einwohnerrätliche Input für eine Gebührenordnung, die auch die Allschwiler Vereine trifft, bei der Leistungsüberprüfung 2013 sowie aufgrund eines zurückgezogenen Budgetpostulats an der Budgetsitzung 2015 erfolgt.

Gern möchte ich die beiden Quellen noch einmal genau aufgreifen und, zum Schluss meines Argumentariums, auch grösstenteils infrage stellen. Ich gehe davon aus, dass mit der Quelle Leistungsüberprüfung 2013 das einwohnerrätliche Geschäft der generellen Leistungsüberprüfung gemeint ist, welches an der ausserordentlichen Einwohnerratssitzung im Mai 2014 behandelt wurde. Die aufgegriffenen angedachten Massnahmen in dieser generellen Leistungsüberprüfung wurden in drei Kategorien A, B und C definiert. Unter Kategorie A wurden alle Massnahmen zusammengeführt, die im Kompetenzbereich des Einwohnerrates liegen, in B alle Massnahmen im Kompetenzbereich des Gemeinderats und unter C solche Massnahmen, die eine weitere Untersuchung oder Abklärung benötigten. [Folie wird aufgelegt] Die Quelle, auf die sich der Gemeinderat stützt, habe ich gelb markiert: «Erhebung einer Benutzungsgebühr bei den Vereinen zur Mitfinanzierung des Unterhalts Sportanlagen». Interessant sind die zwei hintersten Spalten. Der Gemeinderat hat auf die Massnahmen dazu mal verzichtet. Und wie man in der vierten Spalte sieht, hatte es sich um eine Empfehlung einer Spezialkommission gehandelt, diese Massnahme umzusetzen. Die Frage, die nun im Raum steht, ist: Was ist denn bitteschön eine Spezialkommission, und was für eine Funktion hat sie? Es hatte sich um eine einwohnerrätliche Spezialkommission gehandelt, die in der Januar Sitzung 2014 auf Antrag des Gemeinderats konstituiert wurde mit der Begründung, dass das bedeutende Geschäft einer Vorberatung über alle Fraktionen hinweg unterliegen soll. Entscheidend ist das Wort «Vorberatung». Ich muss festhalten: Eine Spezialkommission ist ganz klar nur dazu da, ein Geschäft vorzubereiten, d.h. sie verfügt über keine vom Einwohnerrat legitimierte Entscheidungskompetenzen. Unbestritten ist die Entscheidungsbehörde der Gesamteinwohnerrat an der offiziell anberaumten Sitzung. Jetzt die entscheidende Frage: Wie hat sich denn der Gesamteinwohnerrat an der betreffenden Sitzung zu der Meinungsverschiedenheit zwischen Gemeinderat und Spezialkommission geäussert? Die Antwort heisst: rein gar nicht. Und das ist auch nicht erstaunlich. Wenn man herunterscrollt und zu den Anträgen kommt zu den Massnahmen B, dann heisst es dort: «Der Einwohnerrat nimmt zustimmend Kenntnis von den Absichten des Gemeinderats zu den in dessen Kompetenz liegenden Entlastungsmassnahmen.» In der Ratssitzung ging es also nur um die Kenntnisnahme von den Absichten des Gemeinderats, und nicht um die Absichten der Spezialkommission. Das heisst doch ganz einfach: Wenn sich der Einwohnerrat in Bezug auf die Massnahme 21 nicht gegensätzlich zur gemeinderätlichen Absicht geäussert hat, dann gehe ich davon aus, dass er mit dem gemeinderätlichen Entscheid – Verzicht auf diese Massnahme – schlicht und einfach einverstanden war. Ich fasse also hinsichtlich dieser Quelle zusammen: Bei dem angesprochenen einwohnerrätlichen Input handelt es sich lediglich um eine Empfehlung einer vorbereitenden einwohnerrätlichen Spezialkommission, die über keinerlei einwohnerrätlich legitimierte Entscheidungskompetenz verfügte. Entscheidungsorgan ist der Gesamteinwohnerrat, und dieser hat den gemeinderätlichen Verzicht auf die Massnahme 21 unbestritten zur Kenntnis genommen.

Gern möchte ich auch noch zur zweiten Quelle Stellung nehmen, und zwar das Budgetpostulat vom Dezember 2015. Hierzu lege ich den entsprechenden Protokollauszug vor [Folie wird aufgelegt]. Formal handelte es sich um das Geschäft 4245/B.31. Zum Kontext: Wie vorhin schon angesprochen, hatte der Gemeinderat im Budget 2016 zum ersten Mal die geplanten Einnahmen aus der angedachten Gebührenordnung für öffentliche Anlagen ins Budget aufgenommen, und die FDP-Fraktion brachte damals einen Antrag auf Streichung der Einnahmen bezüglich der Sportanlagen Brühl ein. Als erster ergriff Stephan Wolf, damals Fireko-Vizepräsident, das Wort und legte dar, dass sich die Fireko sehr knapp, mit Stichtentscheid, zur Ablehnung entschieden hatte mit dem Argument, dass es nicht die Aufgabe von Gemeinden sei, Infrastruktur unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Die nächstfolgende Wortmeldung war von Philippe Hofmann, damals noch als Sprecher der CVP-Fraktion. Ich zitiere: «Ich habe eine grundsätzliche Frage dazu. Meine Meinung ist, dass Allschwiler Vereine nichts bezahlen müssen. Ich meine aber auch, dass nicht gratis Infrastruktur für Dritte zur Verfügung gestellt werden kann. Ich sehe jetzt hier keine Lösung. Jetzt wäre die FDP gefordert. Bitte zieht das zurück und macht ein Postulat oder etwas anderes daraus in diese Richtung, nämlich, dass Allschwiler Vereine nichts bezahlen müssen, aber dass man trotzdem eine Grundlage hat, dass Dritten die Infrastruktur nicht gratis zur Verfügung gestellt wird.» Wie will man das verstehen? Genau das heute vorliegende Postulat der FDP-Fraktion ist schon von mehr als zwei Jahren an einer Ratssitzung eingefordert worden. Soll heissen, der Einwohnerrat hätte sich damals schon, während der Planungsphase zu dieser Gebührenordnung, zum Thema einbringen können, er hätte von Anfang an eine gewünschte Leitlinie für den Gemeinderat festlegen können, und er hätte somit möglicherweise eine Menge Unruhe und dicke Luft vermeiden können. Jetzt kommt eben die Gretchenfrage: Wieso ist die FDP-Fraktion nicht auf das Anliegen eingetreten? Wir überspringen die Aussage Roland Naef, der sich ebenfalls gegen die Belastung der Allschwiler Vereine aussprach, und kommen zum Votum vom Gemeinderat, namentlich Gemeinderat Christoph Morat, das ich ebenfalls kurz vorlesen möchte: «Im Zusammenhang mit dem Belegungsplan der neuen Dreifachturnhalle und der Aula sind wir im Moment im Gemeinderat daran, eine Gebühren- und Benutzungsordnung zu erstellen.» Und jetzt, meine Damen und Herren, der entscheidende Satz: «Ich bitte noch um etwas Geduld. Wir werden zu gegebener Zeit den Einwohnerrat informieren, wie sich das der Gemeinderat vorstellt. Es wird sicher Abstufungen geben zwischen Jugendvereinen, Allschwiler Vereinen, externen Vereinen und Kommerziellen. Hier stellen wir uns eine Gebührenordnung vor. Für uns ist klar, dass Allschwiler Kinder- und Jugendvereine die Infrastruktur kostenlos benützen sollen.» Aufgrund dieser Erläuterung hat dann die FDP-Fraktion, namentlich Andreas Bärtsch, das Postulat wieder zurückgezogen.

Was wollte ich damit aussagen? Ganz einfach: Wenn der Gemeinderat an einer Sitzung den Einwohnerrat noch um etwas Geduld bittet und dem Einwohnerrat verspricht, dass weitere Informationen folgen werden, d.h. wenn er darauf abzielt, man solle doch diesen Budgetantrag zurückziehen und dem Gemeinderat die Möglichkeit geben, seine Ideen vorzustellen, dann finde ich es äusserst vermessen, ja nahezu bedenklich, wenn uns der Gemeinderat zwei Jahre später den Rückzug dieses Budgetantrags als Argument für die vom Einwohnerrat beanstandete Legitimierung für eine Gebührenordnung auftischt, von der auch Allschwiler Vereine betroffen sind. Es gab nie eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Einwohnerrat über die Frage, die für den Rückzug des Budgetpostulats ausschlaggebend war. Im Gegenteil. Es war die Bitte des Gemeinderats, damit noch etwas zuzuwarten. Summa summarum stelle ich aufgrund meiner Ausführungen die beiden vom Gemeinderat ins Feld geführten Quellen für die erste Argumentationslinie, dass das Anliegen als Input des Einwohnerrates hereingekommen wäre, mehr als nur in Frage. Soll heissen, der Gemeinderat soll doch bitte die Grösse haben, sich auf seine zweite Argumentationslinie zu stützen, und zwar, dass er sich in eigener, unbestritten legitimer Kompetenz für diese Gebührenordnung ausgesprochen hat. Denn in § 70 a Abs. 1 lit. b des Gemeindegesetzes steht ganz klar: «Der Gemeinderat ist befugt zum Erlass von Benützung- und Gebührenordnungen für die Gebäude, Anlagen und Einrichtungen der Einwohnergemeinde.»

Ich entschuldige mich für die Länge der Ausführungen. Es war mir ein wichtiges Anliegen, mich vom bisherigen Versuch der Verantwortungsabschiebung des Gemeinderats auf den Einwohnerrat zu distanzieren. Wir haben es klar mit einer definierten gemeinderätlichen Kompetenz zu tun, wobei wir als Einwohnerrat noch nie in die Verantwortung mit eingebunden waren und – jetzt vielleicht ein bisschen hart formuliert – darum auch nicht viel zu melden haben. Wir haben es aber jetzt bei Traktandum 10 mit einem einwohnerrätlichen Geschäft hinsichtlich einer gemeinderätlichen Kompetenz zu tun. Und dieser Verantwortung nimmt sich die SP-Fraktion selbstverständlich gerne an.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Eigentlich würde ich jetzt gern gar nichts sagen und das Wort weitergeben, um zu sehen, was die FDP erwidert. Aber das tue ich jetzt doch nicht. Die Frage, die wir

uns bei diesem Postulat stellen, ist, wieso die FDP zwar damals den Budgetantrag zurückgezogen hat, gleichzeitig aber auch einen Vorstoss eingereicht hat, wonach die Einnahmen auf Seiten Schulhaus Gartenhof heraufgesetzt werden soll. Das geht nicht auf. Interessant ist auch, dass das Postulat jetzt gerade von der FDP kommt, obwohl es doch eigentlich ihrem Gedankengut entsprechen würde, dass jeder für das zahlt, was er benützt, aber andere nicht. Es ist ein bisschen eine verkehrte Welt. Wir sind auch ganz klar der Meinung, dass die Kompetenz für die Ausarbeitung der Gebührenordnung beim Gemeinderat liegt. Wenn er der Meinung ist, dass das, was er hier eingeführt hat, zielgerichtet ist, dann sehen wir nach der Debatte, die wir über das Thema schon geführt haben, keinen Anlass, das Postulat zu überweisen.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Nur kurz zwei Dinge: Wie man den Ausführungen von Etienne Winter samt Präsentation des Protokolls jener Budgetdebatte entnehmen konnte, ist das Budgetpostulat damals aufgrund der Diskussion hier im Rat zurückgezogen worden; und in dieser Diskussion war mehrfach gesagt worden, dass man keine Gebühren für Allschwiler Vereine möchte. Zu Florian Spiegel: Die FDP schaut nicht nur auf das Finanzielle, sondern sie beachtet auch soziale Aspekte. Dazu gehört auch die Unterstützung der Vereine.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich würde jetzt zum inhaltlichen Aspekt kommen, den die SP-Fraktion gerne kundtun möchte. Es gibt vier Punkte: 1. Kompetenzüberschreitung, resp. Formfehler, 2. falsche Argumentationslinie, 3. Grundhaltung der SP-Fraktion zu dieser Gebührenordnung und 4. eine kleine Rechercharbeit. Der vorliegende Antrag lautet: «Der Gemeinderat wird die Gebührenordnung unverzüglich dahingehend anpassen, dass...», und ist somit komplett falsch. Jede Einwohnerrätin und jeder Einwohnerrat erhält am Anfang seiner Legislatur respektive Einwohnerratskarriere vom Sekretariat dieses Büchlein mit dem Titel «Parlamentsarbeit – Informationen für Mitglieder des Einwohnerrates». Auf S. 5 unter «Postulat» heisst es: «1. Mit selbstständigen Anträgen von Einwohnerratsmitgliedern oder Kommissionen soll der Gemeinderat verpflichtet werden, einen noch nicht in Beratung stehenden Gegenstand zu prüfen, dem Rat darüber zu berichten oder ihm eventuell Antrag zu stellen.» Oder: «Ferner kann der Gemeinderat zu einem bestimmten Vorgehen oder Verhalten im gemeinderätlichen Kompetenzbereich *eingeladen* werden.» Haben wir es im vorliegenden Fall um einen Antrag auf Prüfen und Berichten zu tun? Nein. Wird der Gemeinderat zu einem Vorgehen oder Verhalten im gemeinderätlichen Kompetenzbereich eingeladen? Nein. Wieso nicht? Mit der vorliegenden befehlsartigen Formulierung handelt es sich um keine Einladung, sondern es handelt sich ganz klar um eine Kompetenzüberschreitung seitens Einwohnerrat an den Gemeinderat. Heisst also: Hausaufgaben nicht richtig gemacht. Wie müsste der Antrag zum Beispiel korrekterweise heissen? «Der Gemeinderat *wird eingeladen*, die Gebührenvorordnung dahingehend anzupassen, dass...» Somit sind wir wieder im Kern der Materie. Die Einführung und Ausgestaltung einer Gebührenordnung liegt in Kompetenzbereich des Gemeinderats und nicht des Einwohnerrates. Der Einwohnerrat kann lediglich dem Gemeinderat einen Änderungswunsch überreichen. Ich bitte daher die FDP-Fraktion, ihren Antrag wie vorgeschlagen umzuformulieren. Denn in der vorliegenden Form ist der Antrag widersprüchlich und wir können rechtlich eigentlich gar nicht darüber befinden. Zum zweiten Punkt: Mit welchen Argumenten unterstreicht die FDP-Fraktion ihr – ich nenne es einmal prägnantes Anliegen an den Gemeinderat, das Allschwiler Vereine von den Gebühren ausgenommen werden sollen? Erstes Argument: Vereine sind aufgrund dieser Gebührenordnung mit erheblichen finanziellen Forderungen konfrontiert, die teilweise existenzbedrohend sind. Sprich: Gewisse Vereine müssen nach Ansicht der FDP-Fraktion ihre Tätigkeit womöglich einstellen. Nächstes Argument: Die Vereine leisten einen wichtigen Beitrag an die Gesellschaft im Rahmen von Sozialarbeit, Gesundheitsprävention und Integrationsarbeit; wenn dies wegfalle, müsse die Gemeinde in die Hosen springen, was Mehrkosten mit sich bringe. Drittens: Die Allschwiler Vereine unterstützen aktiv das kulturelle Leben in der Gemeinde wie etwa die Organisation und Durchführung von öffentlichen kulturellen Anlässen. Ich teile diese Argumente zu 100 Prozent. Die Vereine leisten eine wichtige Arbeit, und ich bin *gottgefroh*, dass wir in unserer Gemeinde so viele Leute haben, die ehrenamtlich so viel freiwilligen Arbeit leisten. Aber diesen Aspekt müssen wir klar vom eigentlichen Diskussionsthema trennen. Hier geht es um eine Gebührenordnung, und hinter jeder Gebührenordnung steht die Frage: Soll ich für den Aufwand, den ich verursacht habe, auch selber aufkommen? Ein urliberales Grundprinzip. Aber hier geht es nicht um das. Der Gemeinderat spricht ja jährlich CHF 100'000 an Unterstützungsbeiträgen für Allschwiler Vereine. Dort gehört das Thema hin. Ich nehme es wohlwollend zur Kenntnis, dass die FDP-Fraktion auf dieses Anliegen eingeht. Daran können wir vielleicht im einwohnerrätlichen Kompetenzbereich schrauben. Aber hier geht es um eine Gebührenordnung, hinter der das Verursacherprinzip steht.

Zur Positionierung der SP-Fraktion zur Gebührenordnung: Wohl bei allen Fraktionen hat diese Gebührenordnung für grosses Aufhorchen gesorgt und grossen Diskussionsbedarf mit sich gebracht.



Schlussendlich haben wir mehrheitlich – nicht einstimmig – uns dafür ausgesprochen, die Überweisung des vorliegenden Postulats nicht zu unterstützen. Im Gegensatz zur FDP-Fraktion verfügt der Gemeinderat seit Jahren über die Budgets und Jahresabrechnungen aller Vereine, die um Unterstützungsbeiträge ersuchen. Sie stellen den grössten Teil der Vereine dar, die unter diese Gebührenordnung fallen. Die SP-Fraktion geht schwer davon aus, dass die Vereinsgebühren nicht einfach willkürlich festgesetzt worden sind, sondern unter Einbezug der finanziellen Möglichkeiten der Allschwiler Vereine. Soll heissen: Wir gehen nicht davon aus, dass der Gemeinderat die Absicht pflegt, die Allschwiler Vereine finanziell ausbluten zu lassen, sondern eben die Gebühren nach den Möglichkeiten ausrichtet. Falls dem in Zukunft nicht so sein sollte, kann der Einwohnerrat, wie vorhin gesagt, in eigener Kompetenz die Erhöhung der Unterstützungsbeiträge an die Allschwiler Vereine als Ausgleichsmassnahme jederzeit in Betracht ziehen. Wie gesagt geht es im Kern um das Verursacherprinzip. Die vorliegende Gebührenordnung mit ihrer Abstufung, die sich nach den finanziellen Möglichkeiten richtet, spricht dass Kinder und Jugendliche keine und kommerzielle Nutzer höhere Gebühren zu zahlen haben, begrüsst die SP-Fraktion. Ebenfalls begrüssenswert ist, dass bei wiederkehrenden Trainingseinheiten eine Beitragsdeckelung definiert ist, was den Allschwiler Vereinen sicher sehr entgegenkommt. Als Anregung möchte die SP-Fraktion den Gemeinderat noch auf zwei Punkte hinweisen. Gewisse Vereine sind für ihre Aktivitäten sehr ortsgebunden. Ein Schwimmclub mag vielleicht schon einmal eine Trainingseinheiten im Dorfbrunnen zurücklegen, aber bei einem Staffeltwetschwimmen wird es dort bald ein bisschen eng. Wir bitten daher, auf diese Ortsgebundenheit Rücksicht zu nehmen. Und als letzte Anregung: Die Gebührenerhebung ist schrittweise geplant. Sollte sich über die drei Jahre zeigen, dass die finanzielle Mehrbelastung doch höher ausfällt, als der Gemeinderat sich das vorgestellt hat, so könnte er vielleicht auf einem Vorbelastungsniveau einhalten, also den Beitrag nicht zu 100 % einfordern. Die SP-Fraktion schenkt also dem Gemeinderat ihr Vertrauen. Falls das jedoch missbraucht werden sollte, werden wir uns nicht lumpen lassen, in der Kompetenz des Einwohnerrates Gegenmassnahmen einzufordern.

Letztlich habe ich mich noch mit der Frage beschäftigt, wann der Einwohnerrat zumindest mal über diese Unterstützungsbeiträge debattiert hat. Ich habe gestern in den Archiven recherchiert und bin 1996 fündig geworden, in der Budgetdebatte für das Budget 1997. Dort war es so, dass der Gemeinderat über alle Unterstützungsbeiträge eine Reduktion von 10 % verhängen wollte. Kurt Kneier, ehemaliges Einwohnerratsmitglied, stellte damals zwei Budgetanträge, dass man hierauf bei den Allschwiler Vereinen und bei den Sportvereinen verzichten solle. Der Gemeinderat sprach sich dagegen aus, und der Einwohnerrat folgte ihm mehrheitlich. Das heisst, die Kürzung ist damals erfolgt. Ich masse mir nicht an, 22 Jahre später zu beurteilen, ob das damals richtig war oder nicht; das müsste man im Kontext anschauen. Hingegen finde ich es spannend, mit welchen Argumenten der Gemeinderat damals arbeitete. Zum einen argumentierte er, dass man erstens bei den Unterstützungsbeiträge nicht gewisse Organisationen herauspicken könne, weil dann die jeweils anderen aufschreien würden. Spannend ist das zweite Argument, nämlich dass bis dahin die Vereine noch gar nicht für die Infrastruktur aufkommen mussten. Dieses Argument gilt 22 Jahre später nicht mehr. Gemeinderat Leo Zehnder sagte dazumal, es sei doch eine Solidaritätsaktion der Vereine an die Gemeinde, die sparen müsse, wenn sie auf diese 10 Prozent verzichteten. Nun möchte ich doch unserem Gemeinderat für die nächste Budgetsitzung mitgeben, ob es nicht auch eine Solidaritätsaktion wäre, wenn man jetzt, angesichts der Einführung der Gebührenordnung, die damalige Streichung von 10 Prozent wieder rückgängig machen würde. Ich habe alle Dokumente hier und leite sie auch gern weiter. Ich komme sicher in der Budgetdebatte darauf zurück.

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Vielen Dank für die sehr interessanten Ausführungen. Ich nehme den Hinweis natürlich zu Herzen und passe den Antrag folgendermassen an:

*«Der Gemeinderat wird eingeladen, die Gebührenverordnung dahingehend anzupassen, dass Allschwiler Vereine für die regelmässige Nutzung von öffentlichen Räumen und Flächen vollkommen ausgenommen sind und daher neu von der Tarifgruppe 1 in die Tarifgruppe 0 eingestuft werden.»*

Im Übrigen möchte ich die Diskussion nicht weiter in die Länge ziehen. Ich denke sind alle Argumente vorgebracht worden, und wir wollen doch auch alle an den Apéro von Markus.

**Simon Maurer**, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

*Abstimmung*

**://:**

Dem Postulat 4395 vom 15.05.2018 betreffend Tarifgruppenanpassungen in der Gebührenverordnung für Allschwiler Vereine, in der heute korrigierten Version, wird mit 22 Ja : 13 Nein bei 1 Enthaltung zugestimmt.

01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 14**

Wahl der Mitglieder des Büros des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2018/2019

- a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates
  - b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin
  - c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin
  - d) Wahl von 2 Stimmzählern / Stimmzählerinnen
  - e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmzähler / Stimmzählerinnen, Geschäft 4391
- 

#### **14a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates**

**Simon Maurer**, Präsident: Ich zitiere zuerst kurz einen Abschnitt aus dem Geschäftsreglement, § 2 Abs. 2: «Wer den Ratsvorsitz hat, ist in den folgenden drei Jahren weder als Präsidentin oder als Präsident noch als Vizepräsidentin oder Vizepräsident wählbar. Gibt es Wahlvorschläge?

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Der Wahlvorschlag der FDP-Fraktion ist Markus Gruber.

**Simon Maurer**, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich die Stimmzähler, die Stimmzettel auszuteilen.

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Vor lauter Lampenfieber bin ich aus dem Takt gekommen. Selbstverständlich möchte ich noch unseren Markus Gruber vorstellen. Er ist verheiratet und hat drei Kinder im Alter von 15,12 und 9 Jahren. Wie ihr vielleicht an seinem Dialekt gehört habt, ist er in Zürich aufgewachsen. 2001 kam er in den Raum Basel und seit 2007 wohnt er in Allschwil. Beruflich hat er Biochemie studiert an der ETH Zürich. Dann hat er in Molekularbiologie promoviert. Heute arbeitet er als Patentanwalt in der Pharmaindustrie in Basel. Seit 2009 ist er im Einwohnerrat. Ich wünsche ihm alles Gute und viel Erfolg für die Wahl.

Ausgeteilte Stimmzettel:	33
Eingegangene Stimmzettel:	33
Davon ungültig:	1
Gültige Stimmen:	32
Absolutes Mehr:	17

**://:**

Mit 32 Stimmen ist Markus Gruber gewählt.

**Simon Maurer**, Präsident: Herzliche Gratulation *[Beifall]*

**Markus Gruber**, Einwohnerratspräsident in spe: Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, mich recht herzlich für das fantastische Ergebnis zu bedanken. Ich bin beeindruckt. Es freut mich sehr, dass ich trotz meinem Zürcher Dialekt eine so breite Unterstützung erhalten habe. Ich nehme das Amt sehr gern an und freue mich auf ein spannendes Jahr als Einwohnerratspräsident. Ich werde selbstverständlich versuchen, die Sitzungen so gut wie möglich zu leiten, bin mir aber bewusst, dass es nicht immer ganz so einfach ist. Darum bitte ich euch um Verständnis, falls einmal etwas nicht auf Anhieb klappen sollte wie vorgesehen. Ich wünsche mir, dass wir im nächsten Jahr im Einwohnerrat gute und angeregte Diskussionen haben. Sie dürfen auch einmal emotional sein, aber immer sachbezogen und mit Respekt voreinander. Was schlussendlich zählt, ist, dass wir die wichtigen Geschäfte zum Wohl von Allschwil und der Allschwiler Bevölkerung voranbringen können. Jetzt noch zum Wichtigsten: Ich möchte euch alle ganz herzlich zum traditionellen spontanen Apéro mit Verköstigung einladen. Er findet statt direkt im Anschluss an diese Sitzung im christkatholischen Kirchensaal an der Schönenbuchstrasse, gegenüber der Dorfkirche. Alle sind herzlich eingeladen, Zuschauer und Presse selbstverständlich auch. *[Beifall]*

---

#### 14b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin

**Patrick Kneubühler**, SVP-Fraktion: Wie einige schon mitbekommen haben, kann ich mich für das nächste Jahr nicht für die Wahl des ersten Vizepräsidenten aufstellen lassen. Ich musste beruflich zusätzliche Aufgaben und Verantwortungen übernehmen, die es unter anderem mit sich bringen werden, dass ich vermehrt im benachbarten Ausland tätig sein muss. Somit könnte ich die nötige Zeit für die Vorbereitung der Sitzungen nicht mehr aufbringen und müsste auch an diversen Sitzungen fehlen. Dadurch, dass mein Ersatz direkt als 1. Vizepräsident/Vizepräsidentin einsteigen muss, sind unsere Möglichkeiten innerhalb der Fraktion ziemlich beschränkt, und es war nicht ganz einfach, einen Ersatz zu finden. Unserer Meinung nach kamen nur zwei Personen infrage. Wir hätten ursprünglich gern Simon Zimmermann zur Wahl vorgeschlagen. Leider ist es ihm ebenfalls aus beruflichen Gründen nicht möglich, das Amt anzunehmen. Als weiterer Kandidat für das Amt ist für mich von Anfang an Florian Spiegel infrage gekommen. Er hat etwas länger gebraucht, um sich mit einer möglichen Wahl zum Vizepräsidenten anfreunden zu können, nicht allein, weil es ihm als Fraktionspräsident im unteren Teil des Rates eigentlich sehr gut gefällt und er ungern nach oben zügeln würde, wo er leider nicht mehr so viel zu erzählen hätte. Nach längerer Überzeugungsarbeit konnten wir Florian Spiegel doch dazu bewegen, sich für das Amt aufstellen zu lassen. Ich gehe davon aus, dass ihn alle zur Genüge kennen, sodass ich mir Angaben zum Lebenslauf und sonstiges Bla Bla erspare. Er ist schon seit vielen Jahren im Einwohnerrat und auch in diversen Kommissionen tätig. Aktuell ist er unser Fraktionspräsident sowie Präsident der GPK. Ich glaube sagen zu können, dass er in allen Fraktionen parteiübergreifend eine grosse Akzeptanz hat. Er hat sich in den vergangenen Jahren auch ein sehr grosses politisches Know-how erarbeitet. Er bringt meiner Meinung nach sowohl von der Person wie auch vom Fachlichen her die nötigen Voraussetzungen mit. Darum schlagen wir Ihnen zur Wahl Florian Spiegel vor.

**Simon Maurer**, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich, die Stimmzettel auszuteilen.

Ausgeteilte Stimmzettel:	34
Eingegangene Stimmzettel:	34
Davon leer und ungültig:	8
Gültige Stimmen:	26
Absolutes Mehr:	14

**://:**

Mit 24 Stimmen ist Florian Spiegel gewählt.

**Simon Maurer**, Präsident: Herzliche Gratulation! *[Beifall]*

Ferner haben Stimmen erhalten: Pascale Uccella (4, jedoch ungültig gemäss Geschäftsreglement), Henry Vogt (1) und Simon Zimmermann (1).

#### 14c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin

**Beatrice Stierli**, CVP-Fraktion: Wir schlagen Ihnen als Kandidat für das Amt des 2. Vizepräsidenten Christian Kellermann vor. Er kann heute leider nicht da sein, weil er mit Husten, Fieber und allem, was man sich nicht wünscht, im Bett liegt. Auf das Bla Bla, wie es vorhin genannt wurde, verzichte ich aus zeitlichen Gründen.

**Simon Maurer**, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? – Das ist nicht der Fall. Ich bitte, die Wahlzettel auszuteilen.

Ausgeteilte Stimmzettel:	35
Eingegangene Stimmzettel:	35
Davon leer und ungültig:	3
Gültige Stimmen:	32
Absolutes Mehr:	17

**://:**

Mit 29 Stimmen ist Christian Kellermann zum 2. Vizepräsidenten gewählt.

Ferner haben Stimmen erhalten: Ueli Keller (3)

#### **14d) Wahl von 2 Stimmzählern / Stimmzählerinnen**

**Simon Maurer**, Präsident: Die Stimmzähler und Ersatzstimmzähler werden nur dann schriftlich und geheim gewählt, wenn es mehr als eine Nominierungen gibt. Welche Nominierungen gibt es?

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Wie ich am Sonntagabend per Mail an die Fraktionen mitgeteilt habe, nominiert unsere Fraktion das langjährige Einwohnerratsmitglied Niklaus Morat.

**Julia Gosteli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Wir nominieren Christoph Ruckstuhl.

**Simon Maurer**, Präsident: Gibt es weitere Nominierungen? – Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? – Auch das ist nicht der Fall.

**://:**

Niklaus Morat und Christoph Ruckstuhl sind in stiller Wahl als Stimmzähler gewählt.

#### **14e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmzähler / Stimmzählerinnen**

**Simon Maurer**, Präsident: Gibt es Nominierungen?

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Wir halten an unserem Ersatzstimmzähler Jean-Jacques Winter fest. Ich schaue ihm gern dabei zu, wenn er mit dem Körbchen herumgeht und unsere Stimmzettel einsammelt. Das möchte ich auch gern im nächsten Jahr noch erleben.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Wir bleiben ebenfalls bei der Ersatzstimmzählerin Pascale Uccella.

**Simon Maurer**, Präsident: Gibt es noch weitere Nominierungen? – Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl von Jean-Jacques Winter und Pascale Uccella bestritten? – Das ist nicht der Fall.

**://:**

Jean-Jacques Winter und Pascale Uccella sind in stiller Wahl als Ersatzstimmzähler gewählt.

**Simon Maurer**, Präsident: Mir bleibt das Schlusswort. Mein Jahr als Einwohnerratspräsidentin neigt sich schon dem Ende zu. Es war eine sehr spannende und lehrreiche, aber auch sehr intensive Zeit, und ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Beteiligten bedanken. Als erstes möchte ich mich bei Patric Gies bedanken, der hier im Saal dafür gesorgt hat, dass immer alles parat steht und während der Sitzung alles reibungslos funktioniert. Ich darf ihn schnell nach vorne bitten. [Beifall] Dann möchte ich mich auch bei Nicole Müller vom Einwohnerratesekretariat für die hervorragende Unterstützung im vergangenen Jahr ganz herzlich bedanken. Ebenfalls ein herzliches Dankeschön geht an Ruedi Spinnler, der immer kompetent Hand geboten hat, wenn es um formelle Angelegenheiten ging. Weiter möchte ich meinen Kollegen im Büro für die gute Zusammenarbeit im letzten Jahr danken. Auch bei euch möchte ich mich für das im letzten Jahr entgegengebrachte Vertrauen, das mir persönlich immer sehr viel bedeutet hat, herzlich bedanken. Der grösste Dank aber geht an meine Frau Ursula, die mir immer den Rücken frei gehalten hat, damit ich mich für den Einwohnerrat engagieren konnte. Zum Schluss möchte ich bekannt geben, dass mit dem Ende meines Präsidialjahres auch meine Zeit als Einwohnerrat zu Ende geht und ich meinen Rücktritt formell per Ende Juni einreichen werde. Seit über zehn Jahren bin ich im Einwohnerrat und konnte in dieser Zeit viele spannende Gespräche und Diskussionen führen, aber auch viele tolle neue Bekanntschaften machen. Für mich ist jetzt aber die Zeit gekommen, um einen Gang zurück zu schalten, um mich auf meine neue Aufgabe im Schulrat Sekundarstufe zu konzentrieren. Ich wünsche meinem Nachfolger Markus Gruber einen guten Start in sein neues Amt und euch allen weiterhin konstruktive und gute Debatten hier im Rat. Die meisten von euch sehe ich ja noch nächste Woche am Schlussabend. Den anderen wünsche ich jetzt schon alles Gute. *Sali zämme.*

*[anhaltender Beifall]*

**Simon Maurer**, Präsident: Vielen herzlichen Dank!

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Die Sitzung ist zwar geschlossen, und ich stelle das letzte Wort des Präsidenten überhaupt nicht infrage. Doch auch seitens der SP-Fraktion möchten wir dir, Muri, für deine über zehn Jahre herzlich danken. Du was wirklich eine rechte Bereicherung für uns. Wir haben hier noch einen guten Tropfen mit einem Kärtchen. Dass der Tropfen rot ist, muss ich nicht extra betonen, das ist klar. Und hier haben wir auch noch ein Sträusschen, das aber nicht für dich ist, sondern für die Person, die dir, wie du sagtest, immer den Rücken frei gehalten hat, damit du dein Engagement für Allschwil und für uns alle immer sauber durchführen konntest. Auch von unserer Seite nochmals ein Riesendank an Ursula. *[Beifall]*

**Simon Maurer**, Präsident: Herzlichen Dank! Fürs Protokoll: Wir schliessen die Sitzung um 19:30 Uhr.

\*\*\*